



EIN SICHT

Über die extreme Rechte und
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
in Baden-Württemberg

In Pandemie-Zeiten

EN

EIN SICHT EN

Impressum

**Fachstelle mobirex -
Monitoring | Bildung | Information
zur extremen Rechten, Gruppenbezogener
Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus**

c/o Landesarbeitsgemeinschaft
Offene Jugendbildung
Baden-Württemberg e.V.

Siemensstraße 11
70469 Stuttgart
Tel.: 0711 /89 69 15-23
E-Mail: mobirex@lago-bw.de
www.lago-bw.de/fachstelle-mobirex.html

Herausgeber: Hannes König (Geschäftsführer, V.i.S.d.P.)
Redaktion: Arbnora Kastrati, Len Schmid, Heval Demirdögen, Andreas Hässler
Design: spinnacker.net, Stuttgart
Druck: Druckhaus Stil + Find, Leutenbach

Bildnachweis: Titelbild: Houmer Hedayat, Fachstelle mobirex/LAGO e.V.
(S. 09, S. 13, S. 14), Houmer Hedayat (S. 18, S. 23, S.32), Hans-Ulrich Probst (S. 27),
Lucius Teidelbaum (S. 40, S. 43), Ron Adar (S. 46), Nestor Luzayadio (S. 57, S. 58,
S. 60), Omas gegen Rechts (S. 63), Verlag Herder (S. 64), Beltz Verlag (S. 68)

Ausgabe 1/2021

Die Fachstelle mobirex unterstützt ehren- und hauptamtlich Engagierte für Demokratie und Menschenrechte mit Informationen, Monitoring und Bildungsformaten zu den Themen extreme Rechte, daran angrenzende Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus. Trägerin der Fachstelle ist die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LAGO). mobirex ist Teil des Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg versteht sich als Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrum im Handlungsfeld Extremismusprävention, Menschenrechtsbildung und Demokratieförderung. Als Kooperationsverbund verschiedener landesweit tätiger Fach- und Meldestellen sowie regionaler Ansprechpartner*innen bietet das Demokratiezentrum Bildungsangebote und Beratung in den Themenfeldern religiös begründeter Extremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und zur extremen Rechten. Flankiert wird dies durch Programme und Qualifizierungsreihen. Die zumeist kostenfrei abrufbaren Angebote richten sich an unterschiedliche Zielgruppen und Altersklassen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.demokratiezentrum-bw.de.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Die Fachstelle mobirex und das Demokratiezentrum Baden-Württemberg werden gefördert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg und dem Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!«.

mobirex ist eine Fachstelle im

**DEMOKRAZIEZENTRUM
BADEN-WÜRTTEMBERG**

Gefördert durch


Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

und


Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Trägerin

LAGO
Landesarbeitsgemeinschaft
Offene Jugendbildung Baden-Württemberg

Inhalt

01
Begrüßung
Hannes König **06**

02
Einleitung
Fachstelle mobirex **08**

03
**„Herzchen hochhalten“ allein
reicht nicht aus – Das Widerstandsmotiv
bei den Protesten von Pandemie-
leugner*innen**
Andreas Hässler **12**

04
**(Ver-)quergedacht – Wenn das
Querdenken zur Reichsideologie
führt und umgekehrt**
Arbnora Kastrati **19**

05
Christ*innen im Corona-Protest
Hans-Ulrich Probst **26**

06
**Antifeministische Diskurse und
AkteurInnen in der Corona-Pandemie**
Rebekka Blum | Len Schmid **33**

07
**Alternativmedizin für Rechte?
Die extreme Rechte und ihr Verhältnis
zur Medizin**
Lucius Teidelbaum **39**

08
**Rechte, rassistische und antisemitische
Gewalt in Zeiten von Corona**
Kerstin Müller **45**

09
**Hate-Speech in Zeiten von Corona –
ein Praxisbericht aus der Arbeit der
Meldestelle „respect!“**
Ahmed Gaafar **52**

10
**Black Lives Matter- Zivilgesellschaftliches
Engagement in Zeiten von Corona**
Interview **56**

11
**Vorstellung einer Initiative:
OMAS GEGEN RECHTS**
OMAS GEGEN RECHTS **62**

12
**Buchrezension:
„Fehlender Mindestabstand“**
Nadja Kaiser **64**

13
**Buchrezension:
„Kultur der Anerkennung statt
Menschenfeindlichkeit – Antworten
für die pädagogische und politische
Praxis“**
Angelique Obenauer **67**

Begrüßung

Eine neue Publikation zum Themenfeld der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Manchen könnte der Gedanke kommen, dass es doch bereits genug Fachliteratur und -informationen dazu geben mag und dass doch die Nachrichten und Sozialen Plattformen voll sind von Meldungen, Berichten und Hass und Hetze, die den genannten Themenbereichen entspringen. Ja, und genau deshalb ist es uns aus Sicht der Fachstelle mobirex und des Demokratiezentrum Baden-Württemberg ein Anliegen, genauer hinzuschauen.

Im vorliegenden Format bieten wir gemeinsam mit Expert*innen aus den jeweiligen Bereichen zukünftig zwei Mal jährlich tiefere Einsichten in ausgewählte Schwerpunktthemen. Wir wollen dabei aus verschiedenen Perspektiven beleuchten, wie es um Strukturen und Entwicklungen rund um die extreme Rechte, um unterschiedliche Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und um Antifeminismus steht. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Baden-Württemberg. Was die geneigten oder kritischen Leser*innen daraus ziehen, können wir nur wenig beeinflussen. Dies steht allen

mündigen Menschen frei. Uns ist es jedoch wichtig, die aus unserer Sicht relevanten Herausforderungen für die Gesellschaft klar zu benennen und – wo nötig – den Finger in die Wunde zu legen. Auch weitere Verweise auf gelingendes Einstehen gegen abwertende Haltungen und Einschätzungen zu hilfreichen Fachinformationen bleiben nicht aus. Damit wollen wir in erster Linie diejenigen unterstützen und stärken, die sich punktuell, tagtäglich, ehren- oder hauptamtlich gegen die Verbreitung und Auswirkungen menschenverachtender Ideologien engagieren. Wenn es darüber gelingt, dass über die sachliche und kritische Auseinandersetzung mit den Themen die Einsicht bei Einzelnen wie auch in der breiten Gesellschaft reift, ebenfalls genauer hinzuschauen, Haltung für demokratische Werte und gegen Abwertung, Hass und Hetze zu zeigen und für gleichberechtigte Teilhabe Aller auf Basis der allgemeinen Menschenrechte einzustehen, dann ist das aber selbstverständlich ganz im Sinne dieses Formats. Es gibt aus unserer Sicht keine Alternative dazu, sich klar gegen extrem rechtes Gedankengut und solches zu positionieren, das die Ungleichwertigkeit von Menschen zum Ausgangspunkt nimmt!

In der ersten Ausgabe dieses Formats stehen Entwicklungen und Beobachtungen im Mittelpunkt, welche – verstärkt oder begünstigt – durch die Corona-Pandemie deutlich an Relevanz und Sichtbarkeit gewonnen haben. Vieles davon wird uns und unser demokratisches Gefüge voraussichtlich auch dann weiter beschäftigen, wenn die Corona-Pandemie nicht mehr so präsent ist, wie in diesen Zeiten. Die erste Ausgabe von „Einsicht|en – über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Baden-Württemberg“ ist somit auch zu verstehen als ein Beitrag zur Dokumentation dieser Entwicklungen.

Wir sind gespannt auf Ihre Rückmeldungen¹ zu dieser ersten Ausgabe und wünschen Ihnen beim Blättern und Lesen viele erkenntnisreiche Einsichten und Impulse zum Weiterdenken.

Hannes König

Geschäftsführer der
Landesarbeitsgemeinschaft
Offene Jugendbildung e. V.

.....
¹Die Kontaktdaten finden
Sie im Impressum
.....

Einleitung

Fachstelle mobirex

Die Pandemie als Verstärker für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) und gemeinsamer Nährboden für Corona-Leugner*innen, Verschwörungs-Anhänger*innen und die (extreme) Rechte

Mit Beginn der Corona-Pandemie wurde die Annahme, dass die staatlichen Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus auch bremsenden Einfluss auf (extrem) rechte, rassistische oder antisemitische Aktivitäten und Anfeindungen im Land haben würden, widerlegt. Rassistische Einstellungen wurden sichtbar, indem asiatisch gelesene Menschen rassistisch diskriminiert und angefeindet wurden. Ein Forschungsprojekt der Berliner Humboldt-Universität, der Freien Universität Berlin und des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung ging der Frage nach anti-asiatischem Rassismus während der Pandemie nach. An der Befragung nahmen 700 Menschen, die sich selbst als asiatisch gelesen bezeichnen, teil. 49% der Befragten berichteten von Rassismuserfahrungen während der Pandemie. 62% erfuhren den Angaben nach verbale Angriffe und 11% erlebten sogar körperliche Gewalt (Medien dienst Integration 2021).

Daneben erwuchs bereits rasch eine politische Protest-Bewegung, die sich anfangs vordergründig gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen, die als staatliche Repression wahrgenommen wurden, richtete. Gleichzeitig wurde unter den Teilnehmer*innen die Existenz oder die Gefahr des Coronavirus verharmlost und geleugnet. Die Corona-Leugner*innen-Bewegung wurde schnell ein politisches Sammelbecken des Protests, zu welchem auch die (extreme) Rechte sowie Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen ohne erkennbaren Widerstand schnell Anschluss fanden. Baden-Württemberg erwies sich dabei als ein Hotspot der Bewegung (Buhl 2020).

Am 18. April 2020 versammelten sich in Stuttgart um Michael Ballweg und die damals neugegründete Initiative „Querdenken 711“ etwa 50 Personen, um gegen die beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu demonstrieren. Dieser Kundgebung war ein Urteil des Bundesver-

fassungsgerichts vorausgegangen, welches beschloss, dass ein Kundgebungsverbot nicht pauschal ausgesprochen werden dürfe (Hippert und Saul, 2021). Die Veranstaltung sollte der Anfang einer ganzen Reihe stetig wachsender, von Querdenken 711 (mit)veranstalteten Demonstrationen sein. Diese hatten mit dem Versuch, sich am 29. August 2020 Zugang zum Reichstag zu verschaffen einen Höhepunkt zu verzeichnen (Fröhlich et al., 2020).

Nach und nach wurde ersichtlich, welches gefährliche Potential derartige Versammlungen und Strukturen für die Demokratie und das Zusammenleben mit sich bringen.

Im Dezember 2020 gab der baden-württembergische Verfassungsschutz bekannt, bestimmte Akteur*innen der Querdenken-Veranstaltungen



Demonstration von „Querdenken 711“ - 09.05.2020 - Stuttgart (Fachstelle mobirex/LAGO e. V.)

unter anderem aufgrund von „Staats- und Politikfeindlichkeit in bedenklichem Ausmaß“ zu beobachten. Weiter äußerte sich die Präsidentin des Verfassungsschutzes Beate Bube dahingehend, dass die Querdenken-Veranstaltungen „personelle und ideologische Überschneidungen“ mit sogenannten Reichsbürger*innen oder mit extrem rechten Akteur*innen aufweisen würden (Staatsministerium Baden-Württemberg 2020).

Seit April 2021 sind die Querdenken-Proteste nun bundesweit ein Beobachtungsfall. Hierfür wurde eine eigene Kategorie zur Beobachtung extremistischer Gruppierungen gegründet, die sich durch eine „Delegitimierung des Staates“ äußert (Götschenberg 2021).

Die Veranstaltungen von Querdenken machen nicht nur durch die Kritik der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und teilweise demokratiegefährdende Inhalte medial auf sich aufmerksam. Aufgrund der erhöhten Anzahl von Angriffen auf Journalist*innen beschrieb der Landesgeschäftsführer der „Deutschen Journalistinnen und Journalisten-Union“ (dju) in einem Interview mit Belltower.News die Corona-Proteste als „eine der Hauptgefahren für die Pressefreiheit in Deutschland“ (Potter 2021). Wie massiv Angriffe auf Medienvertreter*innen seit der Pandemie angestiegen sind, zeigen auch die Statistiken von „Reporter ohne Grenzen“ für das Jahr 2020. Diese verzeichnen einen fast fünffachen Anstieg von Angriffen auf Journalist*innen. Etwa 70% dieser Angriffe seien laut „Reporter ohne Grenzen“ auf Demonstrationen im Kontext der Corona-Maßnahmen zurückzuführen (ebd.). Insbesondere Aspekte der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) ziehen sich durch die von Querdenken organisierten Demonstrationen und Kundgebungen. So finden sich auf den Veranstaltungen immer wieder Bilder und Aussagen, die den Holocaust relativieren, zum Beispiel indem sie ungeimpfte Menschen als „neue

Juden“ betiteln oder sich selbst mit einem Judenstern mit der Aufschrift „ungeimpft“ darstellen (Hesidenz 2021). Selbst Morddrohungen an bestimmte Politiker*innen, Polizist*innen oder Wissenschaftler*innen wurden von Pandemieugner*innen verfasst und verbreitet (Litschko 2021).

Den bisherigen Tiefpunkt der Angriffe von Teilen der Pandemieugner*innen stellt der Mord an einem 20-jährigen Tankstellenmitarbeiter und Studenten in Idar-Oberstein dar. Alexander W. wurde am 18. September 2021 von einem Kunden erschossen, nachdem W. ihn mehrfach auf die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung hingewiesen hatte. Da sich der Mord nach dem Redaktionsschluss im Frühsommer 2021 ereignete, fand dieser wie auch weitere Entwicklungen keinen Eingang in die Artikel dieser Ausgabe.

Besonderer Fokus auf die extreme Rechte und GMF in Zeiten der Pandemie

Einsicht|en widmet sich in seiner ersten Ausgabe dem Schwerpunkt „Die extreme Rechte und GMF in Zeiten der Pandemie“. Dabei soll beleuchtet werden, welche Auswirkungen die pandemische Lage auf unsere Gesellschaft, Demokratie und die einzelnen Facetten der GMF hat. So widmen sich verschiedene Autor*innen in Theorie und Praxis dem Schwerpunktthema. Einen inhaltlichen Einstieg bietet die Auseinandersetzung mit dem Widerstandsmotiv bei Protesten von Pandemieugner*innen. Ein weiterer Beitrag befasst sich mit der wechselseitigen Beziehung zwischen der Querdenker*innen-Bewegung und der Reichsideologie. Welche Rolle christliche Rechte in der Mobilisation gegen die pandemiebeschränkenden Maßnahmen spielen, erläutert Hans-Ulrich Probst in seinem Artikel genauer. Darauf folgend beschreiben Rebekka Blum und Len Schmid die

Zusammenhänge zwischen Antifeminismus und pandemieleugnenden Strukturen. Den Abschluss der theoretischen Inhalte bildet ein Beitrag von Lucius Teidelbaum, in dem er das Verhältnis von alternativmedizinischen Konzepten und der extremen Rechten genauer erläutert.

Die Pandemie und die damit einhergehenden demokratiefeindlichen Veranstaltungen stellen auch für die Praxis von Präventions- und Beratungsstellen für GMF eine Herausforderung dar. Kerstin Müller von der Beratungsstelle Leuchtlinie, die Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt berät, gibt in dieser Ausgabe einen Einblick in die Beratungspraxis unter erschwerten Pandemiebedingungen und zeigt auf, wie sich rassistische und antisemitische Gewalttaten in Zeiten der Pandemie verändert und verstärkt haben. Mit einer besonderen Form der Gewalt setzt sich die Meldestelle „respect! Gegen Hetze im Netz“ auseinander. Im Rahmen einer qualitativen Analyse zeigt Ahmed Gaafar die Entwicklungen von Hate Speech seit Beginn der Corona-Pandemie auf.

Welche Rolle zivilgesellschaftliches Engagement in Zeiten der Pandemie spielt und welche Veränderungen und neue Arbeitspraxen durch die Pandemie in den Protesten gegen Rassismus entstanden, wird darauf folgend in einem Interview mit Black-Lives-Matter-Aktivist*innen deutlich. Der Schwerpunkt der ersten Ausgabe der Einsicht|en wird von einem Artikel der Initiative „OMAS GEGEN RECHTS“ abgerundet. Diese erzählen in einer Selbstvorstellung von ihrer Initiative, über ihre politische Motivation sowie ihre Protestkultur.

Literatur

Baden-Württemberg.de (2020): Verfassungsschutz. „Querdenken 711“ wird beobachtet. Pressemitteilung, 09.12.2020. Online verfügbar unter <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/querdenken-711-wird-beobachtet-1/>, zuletzt geprüft am 18.05.2021.

Buhl, Marius (2020): Die Wutmacher von Stuttgart – Baden-Württembergs Hauptstadt wird zur Protesthochburg. Der Tagesspiegel, 04.06.2020. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-wutmacher-von-stuttgart-baden-wuerttembergs-hauptstadt-wird-zur-protesthochburg/25883954.html>, zuletzt geprüft am 16.07.2021.

Fröhlich, Alexander, Heine, Hannes; Jansen, Frank; Geiler, Julius (2020): Drei Polizisten verhindern Sturm auf den Reichstag. Der Tagesspiegel, 30.08.2020. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/berlin/gewalt-bei-corona-protesten-in-berlin-drei-polizisten-verhindern-sturm-auf-den-reichstag/26140840.html>, zuletzt geprüft am 19.05.2021.

Götschenberg, Michael (2021): „Querdenken“ werden nun bundesweit beobachtet. ARD Hauptstadtstudio, 28.4.2021. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-querdenker-103.html>, zuletzt geprüft am 19.05.2021.

Hesidenz, Carolin (2021): „Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden“ – das Wiederaufleben eines uralten Phänomens. In: Netzwerk für Demokratie und Courage Saar e.V. (Hg): Alles wie immer? Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. S. 25-28.

Hippert, Julia; Saul, Philipp (2021): Von Stuttgart bis auf die Treppen des Reichstagsgebäudes. Süddeutsche Zeitung, 28.04.2021. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/querdenken-chronologie-bundestag-1.5279496>

Litschko, Konrad (2021): Verfassungsschutz und „Querdenker“. Jetzt kann abgehört werden. taz online, 28.04.2021. Online verfügbar unter <https://taz.de/Verfassungsschutz-und-Querdenker/!5762967/>, zuletzt geprüft am 19.05.2021.

Mediendienst Integration (2021): Factsheet, Anti-asiatischer Rassismus in der Corona-Zeit. 06.05.2021. Online verfügbar unter <https://mediendienst-integration.de/artikel/haeufig-anti-asiatische-angriffe-in-der-corona-zeit.html>, zuletzt geprüft am 16.07.2021.

Potter, Nicholas (2021): Tag der Pressefreiheit. Angriffe auf Medien steigen rasant – wegen „Querdenken“. Belltower.News, 03.05.2021. Online verfügbar unter: <https://www.belltower.news/tag-der-pressefreiheit-angriffe-auf-medien-steigen-rasant-wegen-querdenken-115099/>, zuletzt geprüft am 18.05.2021.

„Herzchen hochhalten“ allein reicht nicht aus – Das Widerstandsmotiv bei den Protesten von Pandemieleugner*innen

Andreas Hässler

ist Projektreferent in der
Fachstelle mobirex.

Berlin, 28. März 2020. Unter dem Motto „Grundrechte verteidigen – Sag Nein zur Diktatur!“ findet auf dem Rosa-Luxemburg-Platz die erste Demonstration gegen die Infektionsschutzmaßnahmen statt. In einem Interview tags zuvor zeichneten zwei der Organisatoren die inhaltlichen Linien des Protests vor. Sie verharmlosten Covid-19 als eine Krankheit, die nicht viel gefährlicher als eine Grippe sei und behaupteten, dass die Präventionsmaßnahmen Teil einer „massiven Betrugskampagne“ der herrschenden Eliten seien, um den „Kapitalismus-Crash zu überdecken“. Gegen das „Notstandsregime“ müsse man sich nun organisieren, um an einer neuen Demokratie zu arbeiten (Vgl. Hauptstadtstudio 2020).

Organisiert wurde die Demonstration von einer Gruppe mit dem Namen „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand“. Das Widerstandsthema ist fest in der Szene der Pandemieleugner*innen

verankert. Es fand sich beispielsweise im Namen des ersten Parteiprojekts „Widerstand 2020“ ebenso wieder wie in zahlreichen Flyern gegen eine „Corona-Diktatur“ oder bei Demonstrationen auf Schildern, die den Widerstand angesichts des angeblichen Unrechts zur Pflicht erklärten.

Bei dem hohen Stellenwert, den das Widerstandsmotiv bei diesen Protesten genießt, stellt sich die Frage nach dessen Funktion für die Szene. Da dem Begriff des Widerstands auch der Aspekt der Konfrontation innewohnt, gilt es auch einen Blick auf das Gewaltpotenzial dieser Widerstandszählung zu werfen.

Selbstaufwertung durch Widerstandsrhetorik

Was bedeutet Widerstand? In einer verkürzt wiedergegeben Definition des Politikwissenschaftlers Christopher Daase steht Widerstand für ein „soziales Handeln, das gegen eine als illegitim wahrgenommene Herrschaftsordnung oder Machtausübung gerichtet ist“ (Daase 2014, S. 3). Dieser Widerstand könne gewaltvoll oder gewaltfrei auftreten. Daase unterscheidet zwischen Widerstand „im Rahmen der Spielregeln eines politischen Systems“ („Opposition“) und einem Widerstand, der sich „unkonventioneller Mittel“ bediene und auf „Systemüberwindung“ ziele („Dissidenz“) (Vgl. ebd.).

Initiativen wie „Querdenken“ positionieren sich auf Demonstrationen und in digitalen Netzwerken als dissidenter Widerstand. Um ihren Demonstrationen eine höhere Legitimität zu verleihen, bezeichnen sie die politische Situation während der Pandemie als „Corona-Diktatur“, die es zu überwinden gelte. „Friede, Freiheit, keine Diktatur“ lautet dementsprechend ein zentraler Schlachtruf der Bewegung bei Demonstrationen etwa in Stuttgart oder Ulm.

Im Selbstbild vieler Pandemieleugner*innen

sieht man sich zudem in der Tradition des Widerstands gegen die NS-Diktatur oder gegen das SED-Regime. Durch die Identifikation mit solchen Vorbildern wird die Lage dramatisiert, der Widerstand zur Pflicht. Wer nicht mitmacht, mache sich schuldig. Die Berufung auf die „Weiße Rose“ oder die Montagsdemonstrant*innen von 1989 zeugt aber auch von einem mangelhaften Geschichtsverständnis. So auch im November 2020 bei einer Demonstration von „Querdenker*innen“ in Hannover.

Mit „Ja, hallo, ich bin Jana aus Kassel und ich fühle mich wie Sophie Scholl, da ich seit Monaten aktiv im Widerstand bin“ sorgte eine junge Frau für heftige Kritik. Die Parallelisierung mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus banalisiert



Transparent bei einer Klardenken-Demonstration -27.03.2021- Ulm
(Fachstelle mobirex/LAGO e. V.)



Transparent bei einer Kundgebung von „Querdenken 711“
-09.05.2020- Stuttgart (Fachstelle mobirex/LAGO e. V.)

nicht nur die politische Lage in der NS-Diktatur, in der es Oppositionellen nicht möglich war, wie Jana Demonstrationen anzumelden und unter Polizeischutz dort zu sprechen. Sie verharmlost zugleich das Leid der Opfer des NS-Regimes.

Die Beschwörung der NS-Diktatur als Feindbild zielt dabei auf die Mobilisierung weit verbreiteter Ängste ab. Durch die Dämonisierung der Pandemiepolitik wird das eigene Engagement gegen die Infektionsschutzmaßnahmen aufgewertet. Je grausamer der Feind dargestellt wird, desto heldenhafter erscheint der eigene Widerstand. Bei einer Bustour bekannter Pandemiegegner, die im Herbst 2020 auch in mehreren Städten Baden-Württembergs Halt machte, entstand außerdem der Eindruck, dass mit solch provokanten Vergleichen mit der NS-Zeit bewusst Aufmerksamkeit erzeugt werden sollte.

Widerstand als Brückennarrativ

Der Protest der Pandemiegegner*innen bringt bei solchen Gelegenheiten ganz unterschiedliche Leute zusammen (vgl. Koos 2020, Nachtwey et al. 2020, S. 51). Die verschiedenen Spektren des Protests von Friedensbewegten über Impfgegner*innen bis hin zu extrem Rechten eint unter anderem der Glaube, sich im Widerstand gegen eine „Corona-Diktatur“ zu befinden.

Dass die Vorstellungen darüber auseinander gehen, wie dieser Widerstand konkret aussehen soll, zeigt eine Diskussion während einer Kundgebung im Januar 2021 in Schorndorf (Rems-Murr-Kreis). Auf den Aufruf der Demonstrationsleitung hin, sich an die Auflage der Maskenpflicht zu halten, intervenierte der damalige Landtagsabgeordnete Heinrich Fiechtner (ehemals AfD). Er rief die Teilnehmenden

dazu auf, die Maske abzusetzen und forderte einen konfrontativeren Umgang mit den Auflagen ein. „Halbe Sache bringget gar nix, bleibt gloi dahom“ rief er erzürnt über die „Wohlfühl-demo“ in die Menge. Der bekannte Stuttgarter Querdenken-Aktivist Michael Ballweg versuchte, ihm gegenüber zu beschwichtigen. Es gehe nur, wenn man geduldig sei und friedlich bleibe (Huck 2021, ab 1:50 Min.).

Das Widerstandsmotiv erfüllt die Funktion eines „gruppenübergreifende[n] Brückennarrativ[s]“ (Meiering et al. 2018, S. 22). Widerstand wird in den jeweiligen politischen Phänomenen zwar in seiner eigenen Art und Weise interpretiert. Das Narrativ eignet sich dennoch für die Bildung von Allianzen (vgl. ebd. S. 10). Bei den Protesten von Pandemiegegner*innen fällt ein Widerstandsbegriff ins Auge, der sich nicht nur gegen die Infektionsschutzmaßnahmen richtet, sondern auch Politik, Presse und in Teilen auch die Wissenschaft zum Feind erklärt. In Verbindung mit antisemitischen und sozialdarwinistischen Vorstellungen wird eine ideologische Brücke gebaut, über die das populistische bzw. extrem rechte Lager Anschluss an diesen Protest findet. Zusätzlich befördert wird diese Allianz durch die bei „Querdenken“ weit verbreiteten Verschwörungserzählungen.¹

¹ Erste Befragungen der Universitäten Basel und Konstanz zeigen, dass die offene Zustimmung zu Verschwörungserzählungen bei den „Corona“-Protesten bis zu 78% betragen können. (Vgl. Nachtwey et al. 2020, S. 21-24; Koos 2021, S. 7 f.)

Im Widerstand gegen „Verschwörer“

Im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie machten schon früh verschiedene Verschwörungserzählungen im Internet und später auch auf den Demonstrationen von Pandemiegegner*innen die Runde. Diese beinhalten mehr oder weniger ausdrücklich die Botschaft, Widerstand gegen eine vermeintlich böse, kleine Gruppe auszuüben, die angeblich im Verborgenen einen Plan zum Schaden der Mehrheit umsetzt. Solche Erzählungen bedienen damit nicht nur typische antisemitische Bilder, sondern auch die Gut-Böse-Polarisierung des Widerstandsnarrativs.

In Zeiten der Unsicherheit gaukeln Verschwörungserzählungen Übersichtlichkeit und mit der Benennung von Schuldigen Handlungsfähigkeit vor.

Deutlich wird dies an einem Beispiel aus dem Telegram-Kanal des Querdenken-Influencers Bodo Schiffmann. Dort veröffentlichte er im Mai 2021 ein 15minütiges Video, in dem er zum Widerstand gegen die Covid-19-Impfungen aufruft. Schiffmann malt dabei das Horrorszenario von Schafen an die Wand, die zum Impfzentrum wie zu einer „Schlachtbank“ laufen. Als Erklärung deutet er u.a. die Verschwörungserzählung vom „Großen Reset“² an.

.....
2 Die Verschwörungserzählung vom „Great Reset“ (dt. „großer Neustart“; Schiffmann verwendet hier eine Kombination aus Deutsch und Englisch) entstand 2020. Hintergrund sind Überlegungen des Weltwirtschaftsforums zur Überwindung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise. Diese werden von Verschwörungsideologen als Plan zur Einführung einer „Neuen Weltordnung“ (NWO) gedeutet und damit antisemitisch aufgeladen. Das Virus sei ein Instrument der vermeintlichen Verschwörer*innen, um dieses Ziel zu erreichen.

3 In Artikel 20 Absatz 4 GG heißt es: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Die Voraussetzung für die Anwendung von Art. 20 Abs. 4 GG ist jedoch erst dann gegeben, wenn grundlegende Prinzipien wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Gewaltenteilung wegfallen und nicht auf anderem Wege wiederhergestellt werden können. (Vgl. Schwartz 2020) Dass z.B. die Gewaltenteilung funktioniert, zeigten mehrere erfolgreiche Klagen vor Gericht gegen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit.

4 Gemeint ist das neue Infektionsschutzgesetz, das von Lenz mit der Bezeichnung „Ermächtigungsgesetz“ mit der Errichtung der NS-Diktatur gleichgesetzt wird.

Man befinde sich in einem „Krieg gegen die Menschlichkeit“. Die aktuelle Situation rechtfertige dabei die Anwendung des im Grundgesetz verankerten Widerstandsrechts, was unter Pandemielegner*innen eine beliebte Argumentation darstellt, mit der die Rechtmäßigkeit ihres Tuns belegt werden soll³. Es läge nun an seinen Zuschauer*innen, die Schuldigen (benannt wird die Bundesregierung) zur Rechenschaft zu ziehen.

Indem er die Selbstbezeichnung „Querdenker“ als etwas darstellt, worauf man in dieser Situation stolz sein könne, verleiht er sich und seinen Zuschauer*innen einen Heldenstatus in diesem „Krieg“. Zugleich erhöht er aber auch den Handlungsdruck bei ihnen, indem er das Video zu Beginn als „letzten Versuch“ darstellt, „die Menschen davon zu überzeugen, dass sie den größten Fehler ihres Lebens machen“. (Vgl. Schiffmann 2021)

Dass dieser Handlungsdruck nicht ungefährlich ist, zeigen Ergebnisse der Bielefelder Mitte-Studie von 2019. Demnach billigen 11,4% der Befragten mit Verschwörungsmentalität Gewalt, 23,9% zeigen sogar eine Bereitschaft, selbst gewalttätig zu werden. (Vgl. Rees/Lamberty 2019, S. 215 f.) Außerdem befördert eine ausgeprägte Verschwörungsmentalität die Hinwendung zu extrem rechten Einstellungen (Schließler et al. 2020, S. 298; Baier/Manzoni 2020, S. 94).

Welche Rolle spielt Gewalt?

Dies führt abschließend zur Frage, welche Rolle Gewalt beim Widerstand der

Pandemielegner*innen spielt. Neben weit verbreiteten Diffamierungen von Presse und Politik, sind in einigen Telegram-Kanälen und in digitalen Netzwerken Gewaltfantasien zu finden. Einer der Betroffenen: Der Epidemiologe und Politiker Karl Lauterbach. Nach eigenen Angaben sieht er sich wie auch viele Wissenschaftler*innen zahlreichen Morddrohungen und Gewaltaufrufen ausgesetzt, die oft unter Klarnamen veröffentlicht werden (Vgl. Popp 2021). Darüber hinaus lädt sich auf Demonstrationen die Stimmung der Szene gegen ihre Feindbilder zunehmend auf. Immer wieder kommt es zu Übergriffen, von denen insbesondere Pressevertreter*innen betroffen sind (Vgl. Roth 2021). Bei einem kleinen Teil der Pandemielegner*innen lässt sich schon länger eine Radikalisierung beobachten. Genährt wird diese durch Beiträge von Wortführer*innen der Szene. Im Gespräch mit dem extrem rechten Magazin Compact spricht einer der Organisatoren der ersten Demo, Anselm Lenz, davon, dass „durch Herzchen hochhalten auf abgelegenen Festplätzen [...] diese Bestie⁴ nicht [bezwungen]“ werden könne.

Ab einem gewissen Punkt müsse „man konsequent sein“ und sich fragen, „welche Möglichkeiten haben wir noch, außer uns zu versammeln?“ (CompactTV 2021)

Attila Hildmann, dessen Beiträge schon früh durch ihre Aggressivität auffielen, wirbt unterdessen auf seinem Telegram-Kanal für den Kauf von Messern und Armbrüsten im Onlineshop eines Berliner Neonazis. Eingebettet ist die Werbung in unzähligen Nachrichten, die

Antisemitismus der übelsten Sorte verbreiten. Dass Worte in Taten münden können, zeigen zwei Vorfälle aus dem Oktober 2020. Vor dem Gebäude der Berliner Leibniz-Gemeinschaft explodierte ein Sprengsatz. Die Ermittlungsbehörden fanden ein Bekenner schreiben von Gegner*innen der Corona-Maßnahmen. Kurz zuvor kam es zu einem Brandanschlag auf das Robert-Koch-Institut in Berlin (Vgl. RBB 2020).

Wohin sich die Szene der Pandemielegner*innen entwickeln wird, ist im Frühsommer 2021 nicht absehbar. Auch wenn sich die Mehrheit der „Querdenker*innen“ friedlich verhält, so darf die Gefahr von gewalttätigen Übergriffen im Namen des propagierten Widerstandes nicht unterschätzt werden. Gerade Hasskampagnen im Internet können zur Zuspitzung der Lage beitragen. (Vgl. Kleffner 2021, S. 233 f.) Anschläge wie in Halle und Hanau haben die fatalen Folgen von Verschwörungserzählungen und Widerstandsrhetorik aufgezeigt.

Es wird in den nächsten Monaten und wahrscheinlich auch Jahren darauf ankommen, Radikalisierungsprozesse im Netz wie auch auf der Straße frühzeitig zu erkennen und gegen Aufäufe zum gewaltsamen Widerstand konsequent einzuschreiten. Dazu gehört auch, Schutzkonzepte für diejenigen zu entwickeln, die im Visier dieses Widerstands stehen und sich klar auf deren Seite zu positionieren.

.....
Literatur

Baier, Dirk; Manzoni, Patrick (2020): Verschwörungsmentalität und Extremismus – Befunde aus Befragungsstudien in der Schweiz. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 103/2. S. 83-96. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1515/mks-2020-2044>, zuletzt geprüft am 06.06.2021.

CompactTV (2021): Lässt sich der ewige Lockdown noch stoppen?, heute 20:00 Uhr. Video Livestream, 14.04.2021. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=Ujnj6vYmsB8>, zuletzt geprüft am 06.06.2021.

Daase, Christopher (2014): Was ist Widerstand? APuZ 64/27, S. 3-9.

Hauptstadtstudio (2020): Hauptstadtstudio: Demokratie in der Coronakrise? Video, 28.03.2020. Online verfügbar unter https://www.youtube.com/watch?v=LVeHSBl_PN0, zuletzt geprüft am 06.06.2021.

Kleffner, Heike (2021): Hetze, die zum „Abschuss“ freigibt. Der Terror von heute und morgen. In: Kleffner Heike, Meisner Matthias (Hg): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefinde. Verlag Herder. Freiburg im Breisgau 2021. S. 233-239.

Koos, Sebastian (2021): Die „Querdenker“. Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum? Ergebnisse einer Befragung während der „Corona“-Proteste am 04.10.2020. Konstanz. Online verfügbar unter <https://kops.uni-konstanz.de/handle/123456789/52497>, zuletzt geprüft am 06.06.2021.

Markus Huck B.P. in spe (2021): Kommunikationsübungen mit Dr. Heinrich Fiechtner und Querdenken in Schorn-dorf. Video, 16.01.2021. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=PCdKIQAk8EY>, zuletzt geprüft am 06.06.2021.

Meiering, David et al. (2018): Brückennarrative – Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen. PRIF-Report 7/2018. Online verfügbar unter <https://www.hsfk.de/publikationen/publikationssuche/publikation/brueckennarrative-verbindende-elemente-fuer-die-radikalisierung-von-gruppen>, zuletzt geprüft am 06.06.2021.

Nachtwey, Oliver; Schäfer, Robert; Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundauserwertung 1712.2020. Basel. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>, zuletzt geprüft am 06.06.2021.

Popp, Dana (2021): „Nullkommaplötzlich erschießen“: Lauterbach erhält öffentlichen Mordaufruf – und reagiert mit Appell. Merkur online, 24.03.2021. Online verfügbar unter <https://www.merkur.de/politik/karl-lauterbach-mordaufruf-post-facebook-twitter-lindner-coronavirus-krise-90256520.html>, zuletzt geprüft am 06.06.2021.

RBB (2020): Bekenner schreiben von Gegnern der Corona-Maßnahmen. Staatsschutz ermittelt nach Explosion von Sprengsatz in Berlin. RBB online, 29.10.2021. Online verfügbar unter <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/10/berlin-sprengsatz-corona-massnahmen-gegner.html>, zuletzt geprüft am 06.06.2021.

Rees, Jonas J.; Lamberty, Pia (2019): Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmythen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Franziska Schröter (Hg): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn. S. 203-222.

Roth, Alexander (2021): Angriff auf die Pressefreiheit: Warum „Querdenker“-Demos für Journalisten gefährlich sind. ZfV online, 27.03.2021. Online verfügbar unter <https://bit.ly/3jFOSKI>, zuletzt geprüft am 06.06.2021.

Schiffmann, Bodo (2021): Video auf dem Telegram-Kanal „Alles außer Mainstream“ vom 10.05.2021 um 11:38 Uhr, zuletzt geprüft am 02.06.2021.

Schließler, Clara; Hellweg, Nele; Decker, Oliver (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie 2020. Gießen: S. 283-308.

Schwartz, Kolja (2020): Corona-Demonstrationen. Mit dem Grundgesetz zum Umsturz? Tagesschau online, 15.06.2020. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/grundgesetz-widerstandsrecht-101.html>, zuletzt geprüft am 06.06.2021.

.....

(Ver-)quergedacht – Wenn das Querdenken zur Reichsideologie führt und umgekehrt

Arbnora Kastrati

ist Politologin und
Projektreferentin der
Fachstelle mobirex.

„Wie seid ihr wachgeworden?“ – Diese Umfrage findet sich in dem Telegram-Info-Kanal von Querdenken-711. Sie passt gut zu dem Namen der Protestinitiative. Beide spiegeln das Selbstverständnis der Querdenker*innen, als (Quer-)Denkende zu besonderen Erkenntnissen über gesellschaftliche Verhältnisse gelangt zu sein, wider. Damit propagiert die Projektinitiative inzwischen mehr, als nur Kritik an den Infektionsschutzmaßnahmen. Sie steht deshalb unter verstärkter Beobachtung durch die Öffentlichkeit.

Als besonders gefährlich gilt im öffentlichen Diskurs u. a. ihre vermeintliche oder tatsächliche Nähe oder Unterwanderung durch Reichsideolog*innen und deren Gedankengut. Auch diese behaupten, aufgewachte Denker*innen zu sein. Dies hat auch seinen Niederschlag in der Beobachtung der Initiative Querdenken durch das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV),



Kundgebung der Gruppe „Corona-Diktatur“ in Hannover, 16.05.2020. (Houmer Hedayat)

u. a. unter Hervorhebung der personellen und ideologischen Überschneidungen zu „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“, gefunden (vgl. LfV 2020). Genau diese personellen und ideologischen Überschneidungen zwischen Querdenker*innen und Reichsideolog*innen sollen in diesem Artikel aus der Perspektive einer zivilgesellschaftlichen Organisation heraus, die das Phänomen beobachtet, beleuchtet werden.

Reichs-was?

Wenn von „Reichsbürgern“ die Rede ist, sind damit oft verschiedene Milieus benannt, weshalb es sinnvoll ist, zunächst zu erläutern, wer in diesem Beitrag darunter gefasst wird. Melanie Hermann folgend gebrauche ich den Begriff Reichsideolog*innen.

Der Reichsideologie liegt die Behauptung zugrunde, dass „[...] die Bundesrepublik Deutschland kein legitimer bzw. souveräner Staat sei. Aus diesem Grund lehnen sie die Bundesrepublik, ihre Institutionen und deren Repräsentant*innen ab“ (Hermann 2019, S. 7).

Im Zentrum der Ideologie steht auch die Vorstellung der Beherrschung Deutschlands durch eine fremde Macht

(vgl. Rathje 2017, S. 241). Dabei lassen sich nach Andreas Speit vier verschiedene Milieus rund um die Reichsideologie unterscheiden:

1. Rechtsextreme, die seit 1945 verschiedene Reichsideen in der Tradition des Kaiserreichs, der Weimarer Republik oder des Dritten Reiches vertreten,
2. Reichsbürger, die eine eigene, heutige Reichsregierung propagieren,
3. Selbstverwalter, die als »souveräne Menschen« unabhängige Reiche oder Staaten gründen,
4. Souveränisten, die die Bundesrepublik nicht als souveränen Staat anerkennen und sich für ein anderes, souveränes Deutschland einsetzen“ (Speit 2017, S. 15).

Hiermit wird deutlich, dass die Reichsideologie inhärent system- und demokratiefeindlich ist. Mindestens genauso berücksichtigt werden müssen auch menschenfeindliche, etwa antisemitische und rassistische, Ideologieelemente. Diese sind nicht nur stark verbreitet, sondern stellen insbesondere im Falle des Antisemitismus einen Kernbestandteil der Ideologie dar.¹

Wenn es den Querdenker*innen reicht

Wer sich ein Bild von Reichsideolog*innen in „hoheitlicher“ Aktion machen will, kann sich zum Beispiel auf Youtube die Krönung von Peter Fitzek zum König seines im Jahr 2012 auf einem ehemaligen Krankenhausgelände gegründeten „Königreich Deutschland“ in Saalfeld ansehen (vgl. Abbey Rot 2012).

In einem Restaurant, das sich zum „Königreich Deutschland“ zählt, fand im November 2020 ein Arbeitstreffen zwischen Peter Fitzek und mehreren Querdenken-Organisator*innen statt. Zudem eröffnete der Querdenken-Gründer Michael Ballweg ein Konto bei Fitzeks „Gemeinwohllkasse“ in Ulm (vgl. Querdenken-711 2020 b).

Konfrontiert mit Kritik an dem Treffen distanzierte sich Querdenken in einer Pressemitteilung von der „Ideologie der Reichsbürger“, stritt aber ab, dass es sich bei Fitzek um einen „Reichsbürger“ handelt. Er sei jemand, „[...] der auf dem Boden des Grundgesetzes nach Gesetzeslücken sucht, die eine weitgehende Autonomie von staatlichen Strukturen [...] ermöglicht [SIC!]“ (Querdenken-711 2020 a). Weiter heißt es darin: „Querdenken heißt Respekt vor den Menschen und seiner Individualität und seinem Weltbild. Unser Ziel ist, diesen Debattenraum zu öffnen und Menschen zu ermöglichen, selbst und eigenständig Entscheidungen treffen, wie sie mit den massiven Einschränkungen der Grundrechte und der derzeitigen Entwicklung umgehen und wo sie stehen [SIC!]“ (ebd.). Auch wenn sich Querdenken oberflächlich von der Reichsideologie distanziert, werden in diesem Statement bereits weltanschauliche Berührungspunkte deutlich. Das hier vorliegende Freiheitsverständnis ist geprägt von dem Wunsch nach Eigenverantwortung und maximaler Selbstbestimmung. Im Zentrum steht also „[...] die Abwehr vermeintlicher Fremdbestimmung und Bevormundung durch höhere Instanzen [...]“ (Lang 2021)

auf Kosten der gesellschaftlichen Solidarität. Dies bildet einen zentralen Leitgedanken innerhalb der Reichsideologie und generell innerhalb von Verschwörungsgedanken, welches letztlich ein grundlegendes Element der Reichsideologie darstellt. Ein gemeinsames Thema, das damit in Verbindung steht, ist auch Souveränität. Diese schreiben sich Querdenker*innen häufig auf Demonstrationen selbst zu und die meisten Reichsideolog*innen sprechen sie der Bundesrepublik Deutschland ab. In beiden Fällen handelt es sich um eine Selbstermächtigung durch Rechtsauslegung. Sie behaupten, ihre Rechte zu kennen und das Recht selbst auslegen zu können. Damit einher geht auch ein gemeinsames Widerstandsmotiv gegen eine drohende oder angeblich bereits existierende Diktatur², in der sich Politik, Wissenschaft und Medien miteinander verbündet hätten.

Ebenso spielen in diesem Zusammenhang Antisemitismus und ein Hang zu Esoterik eine Rolle. Innerhalb der Reichsideologie werden Jüd*innen oft verdeckt über antisemitische Codes und verpackt in unterschiedliche Verschwörungserzählungen als die mächtigen Strippenzieher*innen identifiziert, die für die missliche Lage der Deutschen verantwortlich seien. Auf Querdenken-Demos finden sich immer wieder den Nationalsozialismus verharmlosende Äußerungen, z.B. in Form von Vergleichen der Infektionsschutzmaßnahmen mit der Gewalt im Dritten Reich. Zudem ist der Glaube an Verschwörungserzählungen, oft mit antisemitischen Zügen,

.....
¹ Für mehr Informationen siehe die Veröffentlichung von Hermann (2019).

² Für mehr Informationen dazu siehe den Beitrag von Andreas Hässler in dieser Ausgabe.
.....

unter Querdenker*innen verbreitet. Dies ergab auch eine nicht-repräsentative Befragung der Universität Basel von Corona-Maßnahmen-Kritiker*innen (vgl. Nachtwey et al. 2020, S. 53). Sie legt zudem nahe, dass ein großer Teil der Befragten esoterischem Denken zugeneigt ist (vgl. ebd., S. 33ff.).

Im Zentrum steht dabei eine Unzufriedenheit mit bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen sowie eine Sinnfindung durch alternative Erkenntnisysteme und das Misstrauen gegenüber etablierten Institutionen, wie der Wissenschaft und Medizin (vgl. Wierzioch 2021).

Das macht Esoterik besonders anschlussfähig für die Reichsideologie.

Eine solche Entwicklung der Protestbewegung hin zu einer Nähe zu reichsideologischen Positionen war jedoch keineswegs zwangsläufig. Vielmehr wurde sie der Einschätzung des LfV folgend „[...] zunehmend aus den Reihen der ‚Querdenken‘-Organisatoren selbst vorangetrieben“ (LfV 2021). Es kam demnach „[...] zu einer verstärkten Verbreitung von extremistischen Narrativen aus dem Organisationsteam der ‚Querdenken‘-Bewegung selbst heraus“ (ebd.).

Am 29.08.2021 rief Michael Ballweg etwa bei seiner Eröffnungsrede auf der Querdenken-Demonstration in Berlin alle Menschen dazu auf, gemeinsam an einer neuen Verfassung zu arbeiten. Dem ging die Äußerung „Wir sind die Verfassungsgebende Versammlung“ voraus (Nachgedacht tv 2020). Damit greift er das Grundgesetz in seiner aktuellen Fassung an und steht somit reichsideologischen Forderungen nach einer neuen Verfassung nahe. In dieselbe Richtung geht eine Äußerung von ihm als Redner auf einer Querdenken-Demo am 08.08.2020. Dort betont er, dass er sich bei dem Thema zwar noch nicht sicher sei, ermutigte aber die Teilnehmenden, das Thema „Friedensvertrag“ zu recherchieren. Das ist ein zentrales Motiv von Reichsideolog*innen, wonach das Deutsche Reich noch keinen Friedensvertrag habe und sich immer noch im Krieg befinde. Damit lädt er die Teilnehmenden dazu ein, sich mit reichsideologischen Positionen auseinanderzusetzen, da sie unweigerlich auf entsprechenden Seiten landen, wenn sie sich mit dem Thema beschäftigen.

Weniger zurückhaltend äußerte sich der damalige Querdenken-Sprecher Stephan Bergmann in einem Interview am Rande einer Demonstration am 30.08.2020. Er sprach vom Grundgesetz als „Besatzungsrecht“ (Reitschuster.de, 2020). Das entspricht der reichsideologischen Vorstellung, dass Deutschland immer noch von den Alliierten besetzt sei. Bergmann war zudem Gründungsmitglied des Vereins „Primus Inter Pares“, der vom LfV der „Reichsbürger“- und



Kundgebung „Wir wachen auf“ - 09.05.2020 - Hannover (Houmer Hedayat)

„Selbstverwalter“-Szene zugeordnet wird (vgl. Landtag von Baden-Württemberg 2020, S. 24).

Grund zur Sorge bereitete seit der Entstehung der Protestinitiative die fehlende Abgrenzung zu extrem Rechten, Verschwörungs- und Reichsideolog*innen. Das äußerte sich z.B. darin, dass auf den Querdenken-Demonstrationen die Anwesenheit von Reichsideolog*innen, Reichsflaggen und verschwörungsideologischen Symbolen geduldet wurde und auf den Bühnen Redner sprachen, die reichsideologische Positionen verbreiten, wie Vincent Dietz (vgl. Huck 2021). Nicht außer Acht gelassen werden sollten dabei auch die kleineren regionalen Querdenken-Ableger, die zum Teil auch Aufsehen mit reichsideologischen Positionen erregten. Auf der Internetseite des Freiburger Ablegers des „demokratischen Widerstands/nicht-ohneuns“ in Kooperation mit „Querdenken-761“

wird etwa zur Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung aufgerufen und dabei auf die vom LfV der Gruppe der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ zugeordnete Gruppierung „Verfassungsgebende Versammlung“ bzw. den von ihr gegründeten „Bundesstaat Deutschland“ verwiesen (vgl. nichtohneuns-freiburg.de 2020).

Wenn Reichsideolog*innen querdenken

In der Kommentarspalte unter diesem Aufruf finden sich zahlreiche Kommentare von Anhänger*innen der „Verfassungsgebenden Versammlung“, wie dieser von der Redaktion des Pressemediums der „Verfassungsgebenden Versammlung“: „Hallo liebes Team von Querdenken-761, vielen Dank für Euren Beitrag über die Verfassungsgebende Versammlung Deutschland. Wir freuen uns immer wenn neue Menschen erkennen wo ihre Rechte liegen [SIC] [...]“ (ebd.). Nach Recherchen der taz haben Anhänger*innen der „Verfassungsgebenden Versammlung“ auch an Protesten gegen die Infektionsschutzmaßnahmen im Südwesten teilgenommen und verteilten dort einen Vordruck, mit dessen Hilfe man per Unterschrift an einem Referendum zur Ablösung des Grundgesetzes durch eine andere Verfassung teilnehmen könne (vgl. Achnitz 2021). Daran zeigt sich exemplarisch, dass Reichsideolog*innen in den Protesten eine Chance sehen, ihre Agenda zu platzieren und voranzutreiben. Dies hat laut dem Verfassungsschutzbericht 2020 des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) zu einer „[...] erhöhten Dynamik und Aktivität in Teilen der ‚Reichsbürger‘- und ‚Selbstverwalter‘-Szene geführt“ (BMI 2021, S. 113). Besonders deutlich wird dies auch in den Telegram-Kanälen der Querdenken-Ableger. Hier werben einzelne User*innen immer wieder für reichsideologische Gruppierungen, indem sie dort z.B. Links

teilen, die auf entsprechende Internetauftritte von Reichsideolog*innen führen. Insbesondere die auf die Spitze getriebene Kritik an der Regierung durch die Delegitimierung des Staates und die daran anknüpfenden Verschwörungsideologien stoßen dabei auf Resonanz.

Über Recherchen von t-online und dem ARD-Magazin „Kontraste“ wurde zudem bekannt, dass der reichsideologischen Positionen nahestehende Frank S., alias „Frank der Reisende“, auf Telegram als zentrale Vernetzungsfigur auftritt. Er erstellt Telegram-Kanäle, -Gruppen und -Chat-Räume, u.a. für baden-württembergische Querdenken-Gruppen, administriert diese zum Teil und sorgt durch von ihm weiterentwickelte Bots dafür, dass kritische Beiträge verschwinden (vgl. Wienand 2021).

Doch nicht alle Reichsideolog*innen springen auf den Zug der Querdenker*innen auf und versuchen, sich ihnen anzunähern. Der „Vaterländische Hilfsdienst“³ beklagt, dass sich so viele Deutsche zu sehr mit den „Wirkungen“, wie dem „Pandemie-Wahnsinn“, beschäftigen, statt mit der Ursache (vgl. VHD 1). Damit sind der angeblich fortdauernde Kriegs- und Belagerungszustand und die Handlungsunfähigkeit des angeblich weiterhin existierenden Deutschen Kaiserreichs gemeint. Andere reichsideologische Gruppierungen, wie die „Neue Gemeinschaft von Philosophen“, deren „Think-Tank“, der sogenannte „Albert-Schweitzer-Kreis“, im Raum Südbaden verortet ist, gehen noch weiter. Sie machen sich das aufgeheizte gesellschaftliche Klima zunutze, um zu eigenen Protestformen aufzurufen. Die Pandemie erklärt sich die „Neue Gemeinschaft von Philosophen“ durch eine antisemitische Verschwörungserzählung, wonach die Finanz-Elite die Pandemie inszeniere, um einen Finanz-Crash und eine Eine-Welt-Regierung zu installieren. Dabei wird nicht nur zu einem Boykott der Schutzmaßnahmen aufgerufen, sondern auch dazu, „[...] Strafgerichte für Volksverräter [...]“

vorzubereiten, um nach der Machtergreifung „[...] den Corona-Panikmachern, Impf-Propagandisten und Denunzianten gehörige Abreibungen zu verpassen“. (vgl. Neue Gemeinschaft von Philosophen 2020).

Fazit

Das erinnert uns an daran, dass von den Reichsideolog*innen nicht nur eine abstrakte Gefahr für das politische System ausgeht, sondern auch für die körperliche Unversehrtheit und das Leben derer, die sie als ihre Feind*innen sehen.

Durch die Pandemie und die Gegenproteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen sehen viele Reichsideolog*innen einen Tag der Entscheidung und des Umsturzes nahen, was zu einer erhöhten Handlungsbereitschaft führt.

Die Ablehnung der Infektionsschutzmaßnahmen bietet einen gemeinsamen Anlass für verschiedene Establishment- und Systemkritiker*innen, zusammenzuarbeiten und über Unterschiede hinwegzusehen. Viele Reichsideolog*innen haben diese Chance erkannt und versuchen, Anschluss an Protestinitiativen, wie Querdenken, und ihre Anhänger*innen zu finden. Dies wird ihnen trotz deren interner Heterogenität besonders durch die Annäherung von zentralen Figuren von Querdenken an reichsideologische Positionen und die Offenheit von regionalen Ablegern für reichsideologische

Positionen und Akteur*innen erleichtert. Durch das Mobilisierungspotenzial von Querdenken ist es in einem gewissen Maße gelungen, die Grenze des Sagbaren im Sinne der Reichsideologie ein Stück weit zu verschieben.

.....

3 Der „Vaterländische Hilfsdienst“ verfügt in Baden-Württemberg über zwei Regionalgruppen, so genannte „Armeekorpsbezirke“.

.....

Literatur

- Abbey Rot (2012): Königreich Deutschland – Krönungszeremonie – Kommentare und Bewertung erwünscht. Youtube, 12.10.2012. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=wnNl6g2j4aE>, zuletzt geprüft am 25.11.2021.
- Achnitz, Wolfgang (2020): Reichsbürger auf Corona-Demos. Sie meinen es ernst. taz.de, 12.08.2020. Online verfügbar unter <https://taz.de/Reichsbuerger-auf-Corona-Demos!/5706347/>, zuletzt geprüft am 09.07.2021.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2021): Verfassungsschutzbericht 2020. Online verfügbar unter <https://bit.ly/3gVEXgo>, zuletzt geprüft am 09.07.2021.
- Hermann, Melanie (2019): »Reichsbürger« und Souveränisten. Basiswissen und Handlungsstrategien. Amadeu Antonio Stiftung. Online verfügbar unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/reichsbuerger-und-souveraenisten/>, zuletzt geprüft am 24.06.2021.
- Huck, Markus (2021): Interview mit Vincent Dietz zu Verfassungsgebenden Versammlung (Grundgesetz Artikel 146). Video, 08.06.2021. Online verfügbar unter <https://bit.ly/3t70mbn>, zuletzt geprüft am 12.07.2021.
- Landesamt für Verfassungsschutz (2020): Verfassungsschutz Baden-Württemberg beobachtet „Querdenken 711“. 09.12.2020. Online verfügbar unter https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Verfassungsschutz+Baden-Wuerttemberg+beobachtet+_Querdenken+711_?QUERYSTRING=querdenken, zuletzt geprüft am 24.06.2021.
- Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (2021): „Die Querdenken-Bewegung – zwischen Verschwörungsmethoden und Bürgerprotest“. 28.01.2021. Online verfügbar unter https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Vortrag+_Die+Querdenken-Bewegung+_zwischen+Verschwörungsmethoden+und+Bürgerprotest_, zuletzt geprüft am 09.07.2021.
- Landtag von Baden-Württemberg: Drucksache 16/9568, 17.12.2020. Online verfügbar unter <https://bit.ly/3kOYkZK>, zuletzt geprüft am 09.07.2021.
- Lang, Jürgen P. (2021): Analyse. Was „Querdenker“ mit Freiheit meinen. BR24, 07.05.2021. Online verfügbar unter <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/was-querdenker-mit-freiheit-meinen-eine-analyse.SWQlitR>, zuletzt geprüft am 09.07.2021.
- Nachgedacht tv (2020): Michael Ballweg. Demo am 29.08.2020 Verfassungsgebende Versammlung ist eröffnet. Youtube. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=zlrzlmVemmE>, zuletzt geprüft am 16.07.2021
- Nachtwey, Oliver et al. (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste.

Universität Basel. Online verfügbar unter: <https://idw-online.de/de/attachment85376>, zuletzt geprüft am 06.07.2021.

Neue Gemeinschaft von Philosophen (2020): Das Corona-„Virus“-Theater ist eine Inszenierung des Finanz-Establishments – Teil 2. V.A.S. zur Rettung des Abendlandes Nr. 111/2. Flugblatt vom 08.04.2020.

Eintrag auf der Homepage von nichtohneuns-freiburg.de, 19.07.2020: Geben wir uns eine Verfassung. Online verfügbar unter <https://nichtohneuns-freiburg.de/geben-wir-uns-eine-verfassung/>, zuletzt geprüft am 09.07.2021.

Pressemitteilung auf der Homepage von Querdenken-711 (a): Arbeitstreffen am 15.11.2020 in Wöhltsdorf bei Saalfeld. 17.11.2020. Online verfügbar unter <https://presse.querdenken-711.de/pressemitteilungen/arbeits-treffen-am-15-11-2020-in-woehlsdorf-bei-saalfeld/>, zuletzt geprüft am 09.07.2021.

Pressemitteilung auf der Homepage von Querdenken-711 (b): Fragen netzpolitik.org – Finanzierung/Werbemittel/Initiativen. 16.12.2020. Online verfügbar unter <https://presse.querdenken-711.de/pressemitteilungen/pressemitteilung-fragen-netzpolitik-org-finanzierung-werbemittel-initiativen-2/>, zuletzt geprüft am 09.07.2021.

Rathje, Jan (2017): „Reichsbürger“ – Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Online verfügbar unter <https://www.idz-jena.de/wsdet/wsd1-18/>, zuletzt geprüft am 11.07.2021.

Reitschuster de (2020): reitschuster.live: Auflösung der Corona-Demo am 30.08. Querdenken-Sprecher Bergmann im Interview. Video, 30.08.2020. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=pA7feiCxBw>, zuletzt geprüft am 13.07.2021.

Speit, Andreas (2021): Reichs- und Regenbogenfahnen. Allianzen in Zeiten der Pandemie. In: Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefreunde. Hg. v. Heike Kleffner und Matthias Meisner. Freiburg im Breisgau: S. 192-200.

Speit, Andreas (2017): Reichsbürger: Die unterschätzte Gefahr. Berlin.

Wienand, Lars: Telegram-Experte mit Mission. Aufgespürt. Dieser Mann vernetzt alle Umsturzideen. t-online.de, 25.04.2021. Online verfügbar unter https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_89837068/-frank-der-reisende-dieser-mann-ernetzt-auf-telegram-die-umsturzideen-.html, zuletzt geprüft am 09.07.2021.

Wierziuch, Bastian (2021): Unheilvolle Allianzen Welche Rolle spielt Esotrik bei „Querdenkern“? mdr.de, 30.06.2021. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/religion/gesellschaft/esotrik-bei-querdenkern-100.html>, zuletzt geprüft am 09.07.2021.

VHD 1 (2021): VHD Aktuell vom 10.01.2021. Online verfügbar unter <https://vhd1.hilfsdienst.net/vhd-aktuell-vom-10-01-2021/>, zuletzt geprüft am 26.11.2021.

.....

Christ*innen im Corona-Protest

Hans-Ulrich Probst

Referent der Evangelischen Landeskirche Württemberg für die Themen Populismus und Extremismus; Büchsenstr. 33, 70174 Stuttgart, hans-ulrich.probst@elk-wue.de

1 Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) war ein protestantischer Theologe der Bekennenden Kirche und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Bonhoeffer wurde am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg hingerichtet.

Auf einer Querdenken-Demonstration in einer Kleinstadt unweit von Stuttgart im Spätsommer 2020 stelle ich mich mit dem örtlichen Pfarrer am Rand auf. Wir schauen uns gemeinsam die Gemeinschaft der Protestierenden an. Der Pfarrer erkennt nur wenige Gemeindeglieder. Viele derer, die sich hier auf dem Marktplatz versammelt haben, sind ihm unbekannt. Vor uns bezeichnet sich eine Frau jedoch als „Christ im Widerstand“ und rekurriert auf ihrer gelben Weste auf Dietrich Bonhoeffer¹ und einen biblischen Vers. Auf der Demonstration tritt Stephan Bergmann, Pressesprecher von Querdenken 711 auf. Wenige Wochen nach dem Sturm der Treppen vor dem Reichstag am 30. August 2020 in Berlin geht er insbesondere auf die Berichterstattung zahlreicher Medien ein: Die mediale Landschaft in Deutschland sei Ausdruck einer „Lügen- oder zumindest Lückenpresse“. Es sei bewusst falsch

von der Demonstration berichtet worden – dahinter stecke ein politischer Wille. Bergmann, der der Gründer eines Vereins für Indianische Lebensweisen ist und ein Lied vom „Feuer der Liebe“ auf der Demonstration vorträgt, ist weltanschaulich im Spektrum der rechten Esoterik und Reichsbürgerszene zu verorten. Er ist Anhänger der Germanischen Neuen Medizin nach Ryke Geerd Haamer, die antisemitisch die Schulmedizin als Ausgeburt einer jüdischen Elite beschreibt. Die natürliche Kraft des menschlichen Körpers würde sich durchsetzen, so Bergmann auf der Querdenken-Demonstration. Weitere Redner*innen beziehen sich positiv auf Rudolf Steiner und die Anastasia-Bewegung, andere berichten davon, wie die politisch inszenierte Pandemie das eigene wirtschaftliche Überleben zerstören würde. Es ist die häufig beschriebene Heterogenität der Querdenken-

Szene, die sich auch hier versammelt. Auch wenn die positiven Verweise auf das Christentum auf der Demonstration unterbleiben, scheint dennoch der Protest für Christ*innen anschlussfähig.

Mediale Erklärungen der Querdenken-Proteste, in denen (bisweilen monokausal) ein Zusammenhang zwischen Pietismus und Querdenken erkannt wurde, sind jedoch kritisch zu hinterfragen. Die Proteste waren von Anbeginn ein Zusammenspiel verschiedener weltanschaulicher und politischer Gruppierungen. Die historische Verwurzelung des Pietismus in Sachsen und Württemberg, wie beispielsweise Der Spiegel vermutete, ist nur sehr bedingt als Erklärung der Corona-Proteste und

der dort kolportierten Verschwörungserzählungen anzuführen. Zwar finden sich, wie erste Ergebnisse einer Untersuchung des Basler Soziologen Oliver Nachtwey zeigen, auch Christ*innen im Querdenken-Spektrum. Aber in den ersten Veröffentlichungen der Studie wird deutlich dargestellt, dass die Teilnehmer*innen der Querdenkenden aus einem weltanschaulich heterogenen Feld stammen. Fundamentalistische Christ*innen sind ein Bestandteil einer Protestbewegung, „die eher von links kommt, aber stärker nach rechts geht“ (Nachtwey et al. 2021, S. 52). Weltanschaulich ist die Gemengelage heterogen und nicht von Christ*innen dominiert (vgl. Schließler et al. 2020). Der blinde Verdacht, der den Verschwörungsglauben mit dem christli-



Querdenken-Demonstration -19.09.2020- Murrhardt (Hans-Ulrich Probst)

chen Pietismus in Verbindung brachte, wurde vom evangelikal-pietistischen württembergischen Verband ChristusBewegung mit aller Vehemenz abgewehrt. Dennoch stellt sich die Frage des Verhältnisses zwischen Christentum und extremer Rechte während der Corona-Pandemie neu.

Die Auseinandersetzung damit, welche Verbindungslinien zwischen der (extremen) Rechten in Deutschland und christlichen Gruppierungen bestehen, ist in der jüngeren Vergangenheit intensiv diskutiert worden (vgl. Bednarz 2019; Henze 2019a; Höhne/Meireis 2020). Auch im Spektrum des Rechtspopulismus besteht ein ambivalentes Verhältnis zu Kirche und Christentum: Einerseits wird mit aller Vehemenz gegen Vertreter*innen einer Kirche, die sich für eine offene Gesellschaft einsetzt, vorgegangen. Anfeindungen bis hin zu Morddrohungen gegen Pfarrer*innen und Ehrenamtliche, die sich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt haben, beschäftigen alle Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). In diesem Sinne räumte Alexander Gauland in einem Beitrag des evangelikalen Magazins Idea Spektrum ein: „Wenn diese Flüchtlingspolitik das Programm der Kirchen ist – dann gebe ich offen zu: Ich bekämpfe das Programm der Kirchen“ (Idea 2021). Die kirchlich getragene Seenotrettung, das Engagement für den interreligiösen Dialog oder die Unterstützung pluraler Lebensformen sind für den Rechtspopulismus Stein des Anstoßes. Andererseits finden sich sowohl im Rechtspopulismus als auch in der Neuen Rechten bewusste inhaltliche Anknüpfungspunkte zu christlichen Themen (vgl. Claussen 2021): Die Ablehnung des Islams und die Abwehr von Migration wird mit der Tradition des christlichen Abendlandes begründet. Das Konzept des Ethnopluralismus wird biblisch legitimiert. LGBTIQ*-Diversität stehe im Gegensatz zur göttlichen Schöpfungsordnung, die es in Zeiten des Kulturverfalls

zu bewahren gelte. Bewusst wurde und wird in der parlamentarischen Arbeit der AfD versucht, die Repräsentation für kirchliche Themen zu übernehmen.

Dieses Changieren zwischen Anfeindung und bewusstem Anknüpfen der politischen Rechten an das Christentum bzw. christlichen Themen lässt sich auch bezogen auf die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen wiedererkennen.

Aus dem Querdenken-Spektrum wurde immer wieder massive Kritik an der Durchführung und konsequenten Beachtung von Hygienemaßnahmen im Raum der Kirche formuliert. Der Vorwurf: Die Kirchen schwämmen im je aktuellen Zeitgeist mit und würden sich im vorausseilenden Gehorsam einem diktatorischen System unterwerfen. Die Parallele zum Verhalten der Kirchen in der Zeit des Nationalsozialismus sei greifbar. Der Kampf gegen die Kirchen, den Gauland formulierte, aktualisierte sich in den vergangenen Monaten: Pfarrer*innen, die sich bei Protesten gegen Querdenken-Demonstrationen beteiligten und beispielsweise zum Gedenken an Corona-Tote einluden, wurden mit zorn erfüllten Nachrichten überzogen. Privat-Adressen von Kirchenvertreter*innen wurden in Telegram-Chats von lokalen Querdenken-Gruppen veröffentlicht. Die Kultur der Anfeindung und der Bedrohung, wie sie in den vergangenen Jahren bereits spürbar war, hat sich unter der Corona-Pandemie fortgesetzt.

Ähnlich wie in den vergangenen Jahren lässt sich aber auch wahrnehmen, dass es zu inhaltlichen Anknüpfungspunkten zwischen Corona-Protesten und Christentum kommt. Die AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag versuchte durch verschiedene Anfragen und Anträge sich als Stimme der angeblich entrechteten christlichen Kirchen zu gerieren. So beantragte der kirchenpolitische

Sprecher der AfD, Daniel Rottmann, am 24.03.2021 die Aufhebung des Verbots des Gemeindegesangs in den Ostergottesdiensten und endete mit Bibelversen seine Rede. Der Beifall von Teilen einer christlichen Community im Netz war ihm sicher.²

Verschwörungserzählungen, die im Verlauf der Corona-Pandemie neue Sichtbarkeit erlangt haben, sind auch unter Christ*innen präsent. Religiöser Glaube immunisiert nicht gegen Verschwörungsglaube. Die Untersuchungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben in den vergangenen Jahrzehnten eine gleichbleibend hohe Affinität zum Verschwörungsglauben in allen Schichten von Gesellschaft konstatiert. Dualistische Weltbilder, wie sie in Verschwörungsmmythen zu Tage treten, finden sich in der gesamten Gesellschaft (vgl. Blume 2020). Dass einzelne Gruppen eine höhere Bereitschaft zum Glauben an Verschwörungserzählungen aufwiesen, wurde u.a. als Reaktion auf die Erfahrung von fehlender gesellschaftlicher Anerkennung heraus begründet (vgl. Rees/Lamberty 2019).

Der Glaube an Verschwörungserzählungen korreliert unter Christ*innen jedoch in auffälliger Weise mit einer apokalyptischen Wirklichkeitsdeutung. Die Beschreibung, dass die aktuelle Zeit der Beginn der letzten Tage und eines anbrechenden Kampfes der weltlichen-satanischen Kräfte gegen das göttliche Gute sei, verbindet sich auffällig häufig mit Verschwörungserzählungen (vgl.

Pollack/Hillebrand 2021). Was das bedeutet, lässt sich am Beispiel von Predigten des wort-fundamentalistisch³ geprägten Pastors der Evangelischen Freikirche in Riedlingen, Jakob Tschardtke, gut nachvollziehen. Die satanischen Kräfte würden sich, so Tschardtke in einer Predigt im März 2021, in dieser Welt zum Kampf gegen das Christliche zusammenschließen. Ob Gender-Mainstreaming, Flüchtlingsstrom 2015/2016 oder nun die Corona-Maßnahmen: „Unsere Welt wird mit atemberaubender Geschwindigkeit verwüstet. [...] Am Ende der Zeit werden sich die Dinge überschlagen. Das sagt die Bibel direkt am Anfang der Offenbarung. Und wir sind mittendrin in dieser Zeit, in der die endzeitlichen Ereignisse Fahrt aufnehmen. [...] Wir haben den endzeitlichen Rubikon überschritten. Die Geschwindigkeit der menschenverachtenden satanischen Bosheit wird weiter zunehmen“ (Tschardtke 2021).

Tschardtke, der einer Freikirche vorsteht, die jedoch aus dem übergeordneten Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden ausgeschlossen wurde, verbindet in seinen Predigten die apokalyptische Weltdeutung mit Verschwörungserzählungen. Der apokalyptische und kulturpessimistische Blick auf die Welt lässt nach den Schuldigen fragen: Sei es das Merkel-Regime, die Finanzeliten oder Bill Gates: Recht willkürlich sieht Tschardtke, der vor einigen Jahren Geflüchtete pauschal als räuberische Banden bezeichnete und dessen Predigten im digitalen Raum durchaus mehrere Zehntausend Klicks erhalten, die Mäch-

² Plenarprotokoll 16 /146 der 146. Sitzung vom 24.03.2021, Seite 2 f. Online verfügbar unter <https://bit.ly/3mWeenJ>, zuletzt geprüft am 03.05.2021.

³ Wortfundamentalismus beschreibt den Umgang mit biblischen Texten, die wörtlich und als alleinige autoritative Kraft verstanden werden.

tigen am Werk, wie sie das einfache, christliche Volk zu zerstören trachten.

Von der Angst vor der Apokalypse, die durch eine christlich-fundamentalistische Deutung der Bibel befeuert wird, ist der Weg nicht sonderlich weit zur Furcht vor einer Diktatur, die in diesen Tagen errichtet werden soll. Das Böse wird in der liberalen Welt in der Errichtung einer politischen Diktatur gesehen. An dieses Narrativ, das unter den Protestierenden gegen die Corona-Maßnahmen weit verbreitet ist, knüpfen auch Christ*innen in eigenwilliger Art an. Auch Hartmut Steeb, ehemaliger Generalsekretär der Evangelischen Allianz und damit eine wichtige Gestalt des Evangelikalismus in Deutschland, folgt dieser Annahme. In den vergangenen Jahren trat er insbesondere gegen jede Liberalisierung des Abtreibungsrechtes und für traditionelle Familienbilder ein. Nun betreibt er seit Beginn der Pandemie einen eigenen Corona-Newsletter, in dem er weniger theologisch argumentiert, jedoch Brücken zwischen Corona-Leugnung und evangelikalem Lager baut: Die Meinungsfreiheit sei „ausgehebelt“, der demokratische Parlamentarismus auf dem Weg zur „Expertendiktatur“, Corona sei eher eine „Angst-Pandemie“ als eine ernste Erkrankung (Steeb 2021). Mit diesen Argumenten im Rücken lässt sich durchaus nachvollziehen, weswegen gegen auffällig viele freikirchliche christliche Gemeinden in Baden-Württemberg polizeiliche Anzeigen wegen Verstöße gegen die Corona-Maßnahmen eingeleitet wurden. Seit März

2020 wurde in diesem Zusammenhang gegen keine Kirchengemeinde der evangelischen Landeskirchen in Baden bzw. Württemberg, jedoch gegen 74 freikirchliche Gemeinden ermittelt (Landtag von Baden-Württemberg 2021).

Gegen eine Diktatur, die auch Steeb zu erkennen meint, gelte es Widerstand zu leisten. So hat sich eine Gruppe „Christen im Widerstand“ um den ebenfalls evangelikalen Pastor Christian Stockmann aus Berlin gegründet. Widerstand gegen eine Diktatur ist dabei unter Christ*innen mit Dietrich Bonhoeffer verbunden.

Seit mehreren Jahren wird Bonhoeffer aus dem Spektrum einer christlich argumentierenden Neuen Rechten in Anspruch genommen, um gegen eine liberale Welt zu Felde zu ziehen (vgl. Henze 2019b). Diese Instrumentalisierung des Widerstandskämpfers wird nun auch in Corona-Zeiten neu aktualisiert.

Der Rekurs auf Bonhoeffer verfolgt dabei einerseits das Ziel der geschichtsrevisionistischen Dramatisierung der aktuellen Situation. Andererseits bietet Bonhoeffer den galanten Versuch, die eigene Position reinzuwaschen: Wenn

Bonhoeffer auf den Fahnen geschrieben steht, kann kein ernster Christenmensch etwas gegen das Tun einzuwenden haben. Stockmann verweist auch auf Bonhoeffer, wenn er die Option in den Raum stellt, alsbald in den Untergrund gehen zu müssen.⁴

Sowohl die Anfeindungen gegen die Kirche aus dem Spektrum von Querdenken als auch die Anknüpfungspunkte, die die Corona-Proteste Christ*innen liefern, müssen als eine zentrale Herausforderung der kirchlichen Arbeit betrachtet werden. Die Evangelische Kirche, die erklärtermaßen eine affirmative Haltung gegenüber dem demokratischen und pluralen Gemeinwesen einnimmt, ist noch auf dem Weg, sich zu einer wehrhaften Kirche zu entwickeln.

.....
⁴ Youtube-Kanal Christen im Widerstand im ZDF, ab 03:50: <https://www.youtube.com/watch?v=ZMj1ie-PiM8&t=1s>, zuletzt geprüft am 03.05.2021.

.....
Literatur

Bednarz, Liane (2019): Die Angstprediger: Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirche unterwandern. Bonn.

Blume, Michael (2020): Verschwörungsmythen: Woher sie kommen, was sie anrichten, wie wir ihnen begegnen können. Ostfildern.

Claussen, Johann Hinrich (2021): Retro-Utopie: Völkischer Protestantismus. Über die Theologie von Karlheinz Weißmann. In: Einsprüche. Studien zur Vereinnahmung von Theologie durch die extreme Rechte (1), S. 24–37.

Henze, Arnd (2019a): Kann Kirche Demokratie? Wir Protestanten im Stress-test. Freiburg/Breisgau.

Henze, Arnd (2019b): Wem gehört Bonhoeffer? Wie rechte Kreise den Theologen und Widerstandskämpfer vereinnahmten. In: Zeitzeichen 20 (12), S. 8–11.

Höhne, Florian; Meireis, Torsten (2020): Religion and Neo-Nationalism in Europe. Baden-Baden.

Idea Spektrum (2021): Was glauben die Spitzenkandidaten? Online verfügbar unter <https://www.idea.de/spektrum/was-glauben-die-spitzenkandidaten>, zuletzt geprüft am 07.04.2021.

Landtag von Baden-Württemberg (2021): Antwort auf die Kleine Anfrage „Meldepflicht für die Gottesdienste in Baden-Württemberg“, Drucksache 16/9912.

Nachtwey, Oliver; Schäfer, Robert; Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>, zuletzt geprüft am 07.04.2021.

Polack, Detlef; Hillebrand, Caroline (2021): Die gerechte Strafe Gottes. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/corona-und-die-apokalypse-glaube-schuetzt-nicht-vor-verschwuerungen-17133193.html> (07.01.2021), zuletzt geprüft am 16.03.2021.

Rees, Jonas H.; Lamberty, Pia (2019): Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmythen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Andreas Zick et al. (Hg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn. S. 203–221.

Schließler, Clara; Hellweg, Nele; Decker, Oliver (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): Autoritäre Dynamiken: Neue Radikalität–alte Ressentiments. Gießen. S. 283–308.

Steeb, Hartmut (2021): 55. Corona-Infos, 15.02.2021. Online verfügbar unter <https://www.gemeindenetzwerk.de/?p=17877>, zuletzt geprüft am 06.04.2021.

Tscharntke, Jakob (2021): Die Offenbarung – das Trostbuch der Christenheit, Predigt am 21.02.2021. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=c2JMk5k7KA>, zuletzt geprüft am 06.04.2021.

.....

Antifeministische Diskurse und AkteurInnen in der Corona-Pandemie

**Rebekka Blum
Len Schmid**

Rebekka Blum ist Soziologin, politische Bildnerin und Publizistin mit den Schwerpunkten Antifeminismus und (extreme) Rechte. Sie promoviert mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu „Antifeminismus in Westdeutschland zwischen 1945 und 1990“.

Len Schmid ist Sozialarbeiter*in und Sexualwissenschaftler*in. Len beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Themen Antifeminismus und (extreme) Rechte. Seit Mai 2021 ist Len Schmid Projektreferent*in in der Fachstelle mobirex.

Beide sind Mitglied im femPI-Netzwerk (feministische Perspektiven und Intervention gegen die (extreme) Rechte).

Im Zuge der Corona-Pandemie verbreitete sich ausgehend von den USA auch in Deutschland und damit auch in Baden-Württemberg die Verschwörungserzählung QAnon. Immer wieder beteiligen sich QAnon-AnhängerInnen¹ wie bspw. in Freiburg an Protesten gegen die Corona-Maßnahmen. Deren Zeichen „Q“ wird als Graffiti oder mit Aufklebern verbreitet. QAnon hat seinen Ursprung Ende 2017 in extrem rechten Imageboards, also Plattformen, auf denen anonym Bilder veröffentlicht werden. AnhängerInnen von QAnon sind davon überzeugt, dass es eine geheime Schattenregierung, bestehend aus Politiker*innen (insbesondere der US-

Demokrat*innen) und Hollywood-Prominenz gebe. Diese Schattenregierung habe Kinder entführt und halte sie in Folterkellern versteckt, um sich an ihnen zu vergehen und massenhaft Adrenochrom – ein Stoffwechselprodukt von Adrenalin, das angeblich ewige Jugend verleihe – abzupapfen (vgl. Jüdisches Forum für Demokratie und gegen

¹ Wir nutzen im Artikel verschiedene geschlechtergerechte Sprachvarianten. Grundsätzlich nutzen wir den *, um Personen jenseits der Zweigeschlechtlichkeit mit zu repräsentieren. Da Antifeminismus und generell rechte Ideologie auf der Vorstellung der Zweigeschlechtlichkeit aufbaut, nutzen wir für AkteurInnen aus diesem Spektrum die zweigeschlechtliche Genderung mit Binnen-I. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht auch Personen jenseits der Zweigeschlechtlichkeit AntifeministInnen sein können.

Antisemitismus e.V. 2020). Die QAnon-Verschwörungserzählung kann als zugespitzte Verschränkung von Antisemitismus und Antifeminismus, der sich hier insbesondere in der vermeintlichen Kindeswohlgefährdung² zeigt, betrachtet werden (vgl. Rahner 2020). Sowohl Antisemitismus (vgl. RIAS 2021) als auch Antifeminismus nehmen für sich stehend und in Verschränkung miteinander in der Corona-Pandemie deutlich zu (vgl. Blum und Rahner 2020). Im folgenden Text fokussieren wir auf antifeministische Entwicklungen im Zuge der Corona-Pandemie, wobei sich zeigt, dass es zahlreiche Bezüge zu Akteur*innen aus Baden-Württemberg gibt.

Antifeminismus ist eine gesellschaftlich weit verbreitete Ideologie, die auf (Hetero-)Sexismus aufbaut, von einer binären Geschlechterordnung ausgeht und Heterosexualität und das Ideal der Kleinfamilie als Norm setzt. Daher werden gleichstellungspolitische Forderungen, feministische Ideen und LGBTIAQ* - Bewegungen³ abgelehnt. Antifeminismus fungiert als Bindeglied-ideologie von konservativen, maskulinistischen⁴, religiös-fundamentalistischen und extrem rechten Strömungen (vgl. Blum 2019, S. 114–115). Außerdem tritt Antifeminismus schon immer in Zeiten von Veränderungen und Krisen auf (vgl. ebd., S. 112), was seine Zunahme in Zeiten der Corona-Pandemie nachvollziehbarer macht.

Insgesamt kommt es in der Corona-Pandemie zu Entwicklungen, die Anti-

feministInnen gutheißen. So zeigt sich, dass die durch Kita- und Schulschließungen entstandenen Sorge- und Erziehungslücken insbesondere von Frauen übernommen wurden (vgl. Kohlrausch und Zucco 2020). Eine aktuelle Studie des Weltwirtschaftsforums kommt zu dem Ergebnis, dass die Gleichstellung der Geschlechter durch die Corona-Pandemie um Jahre zurückgeworfen wurde (vgl. World Economic Forum 2021). Insbesondere zu Beginn der Corona-Pandemie zeigten sich antifeministische und rechte AkteurInnen erfreut über diese Dynamiken. So sieht Christina Baum, bis 2021 sozialpolitische Sprecherin der AfD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, in dem coronabedingten Rückzug ins häusliche Umfeld eine Chance zur „Rückbesinnung auf seit Jahrhunderten Bewährtes“⁵. In ähnlicher Weise freut sich die bekannte Antifeministin Birgit Kelle auf dem Blog der „Demo für alle“⁶, dass nun der vermeintliche „Mythos der ersetzbaren Mutter“⁷

² Eine vermeintliche Kindeswohlgefährdung wird seitens AntifeministInnen seit einigen Jahren genutzt, um den eigenen antifeministischen Haltungen und Einstellungen „Glaubwürdigkeit und vor allem moralisches Gewicht“ (Schmincke 2015, S. 93) zu verleihen. Klassischerweise wird diese Behauptung gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare und die Akzeptanz sexueller Vielfalt als pädagogisches Ziel vorgebracht.

³ LGBTIAQ* steht für lesbian, gay, bisexual, inter*, trans* asexual, queer.

⁴ Maskulinistische AkteurInnen sind häufig in der selbsternannten „Männer- oder Väterrechtsbewegung“ zu finden. Diese verbindet unter anderem die Annahme, „der Feminismus“ würde ihre Rechte bedrohen oder habe sie bereits untergraben. Maskulinistische Gruppierungen richten sich gezielt gegen feministische und/oder gleichstellungspolitische Bestrebungen.

Pause habe. Dies verwundert wenig, entspricht doch das Home-Schooling antifeministischen Forderungen insbesondere aus dem Milieu der christlichen Rechten. Ebenfalls klassisch antifeministisch versuchten vor allem zu Beginn der Pandemie viele antifeministische AkteurInnen gleichstellungspolitische Maßnahmen oder die Geschlechterforschung für die schlecht finanzierte Virusforschung und die Unterfinanzierung der Krankenhäuser verantwortlich zu machen. In diesem Sinne behauptete der Verein deutsche Sprache e.V.: „In Deutschland werden Milliardenbeträge für den Genderunfug ausgegeben. Diese Gelder fehlen Krankenhäusern oder den naturwissenschaftlichen Uni-Fakultäten – zum Beispiel in der Virusforschung“⁸. Hier werden verschiedene Bereiche gegeneinander ausgespielt, anstatt deutlich zu machen, dass sich gleichstellungspolitische Maßnahmen und ausreichend finanzierte Krankenhäuser nicht entgegenstehen, sondern vielmehr in Kombination wichtig sind für eine (geschlechter-)gerechte Gesellschaft.

Darüber hinaus bespielen Pandemie-Leugner*innen immer wieder das Thema Kindeswohl(gefährdung). Diese Debatte rückt die Kleinfamilie in den Fokus der politischen Forderungen und beinhaltet neben der Annahme, das Gebären und Erziehen von Kindern wäre eine „weibliche Aufgabe“, auch Kämpfe gegen sogenannte „Frühsexualisierung“, also der Befürchtung, Kinder würden durch sexuelle Bildung der Vielfalt, dem Thematisieren von LGBTIAQ* - Familien

und -Lebensweisen im Unterricht, traumatisiert. Auch die selbsternannte „Lebensschutzbewegung“, welche sich für ein gänzlich Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen einsetzt, nutzt als Argumentationsgrundlage häufig das Narrativ des „getöteten Kindes“ in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche. Der Bezug zum Kindeswohl und eine vermeintliche Gefährdung ist ein klassisch antifeministisches Motiv, das seit einigen Jahren von AntifeministInnen genutzt wird. Die Geschlechterforscherin Imke Schmincke fasst die Funktion dieser Behauptung folgendermaßen zusammen: „Das Argument ‚Kindeswohl‘/ ‚Sorge um Kinder‘ wirkt immer. Es sichert Aufmerksamkeit, verleiht Glaubwürdigkeit und vor allem moralisches Gewicht. Kinder repräsentieren in dieser Bezugnahme Unschuld und Bedürftigkeit“ (Schmincke 2015, S. 93). Ganz in diesem Sinne wurde seitens vieler Teilnehmender auf der am Ostersonntag 2021 von Pandemie-Leugner*innen abgehaltenen Großdemo in Stuttgart skandiert „Lasst unsere Kinder endlich wieder Kinder sein!“. Auch im Zusammenhang mit den Schulöffnungen lässt sich die Behauptung, die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes würde die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen massiv gefährden, bis hin zur falschen Behauptung von vermeintlichen Todesfällen aufgrund des Tragens eines Mund-Nasen-Schutzes, finden.⁹ Dabei wird wiederholt vor einer angeblichen „Zwangsimpfung“ gewarnt. Diese wird häufig in einem Atemzug mit der geplanten Verankerung von Kinderrech-

⁵ Pressemitteilung der AfD Baden-Württemberg, 20.03.2020. Online verfügbar unter <https://bit.ly/2WO1W5C>, zuletzt geprüft am 15.03.2021.

⁶ AkteurInnen der „Demo für alle“ richten sich primär gegen vielfältige sexuelle Bildung unter Verwendung des Kampfbegriffs „Frühsexualisierung“. Die Initiative hat ihre Ursprünge in der Bekämpfung des Bildungsplans in Baden-Württemberg, der die Akzeptanz von sexueller Vielfalt als Querschnittsthema behandeln sollte.

⁷ Eintrag auf dem Weblog von „Demo für alle“, 29.04.2020. Online verfügbar unter <https://demo-fueralle.de/2020/04/29/die-ersetzbare-mutter-ein-mythos-hat-pause/>, zuletzt geprüft am 15.03.2021.

⁸ Debionne, Philippe: Verein macht Gender-Studien für fehlende Finanzmittel bei Virusforschung verantwortlich. Berliner Kurier, 28.03.2021. Online einsehbar unter <https://www.berliner-kurier.de/politik-wirtschaft/verein-macht-gender-studien-fuer-fehlende-finanzmittel-bei-virusforschung-verantwortlich-li.79798>, zuletzt geprüft am 29.11.2021

ten im Grundgesetz diskutiert, die sowohl von bekannten antifeministischen AkteurInnen als auch von Pandemie-leugner*innen abgelehnt bzw. bekämpft wird.

[...] Immer wieder nehmen diese Strukturen Bezug auf Kinderrechte und vermuten dabei eine staatliche Maßnahme, um das „natürliche Elternrecht“ zu beschneiden¹⁰

⁹ Bodo Schiffmann, Mediziner aus Sinsheim, der sich in der Corona-Pandemie regelmäßig mit der Verbreitung von Verschwörungserzählungen rund um die Corona-Pandemie hervortut, beteiligte sich maßgeblich an der Verbreitung von Gerüchten über die Gefährlichkeit des Tragens eines Mund-Nasen-Schutzes. Siehe: Saathoff, Christian; Beres, Eric: Mit allen Mitteln: Wie Corona-Kritiker Kinder instrumentalisieren. swr.de, 11.10.2020. Online abrufbar unter <https://bit.ly/3gSY5vi>, zuletzt geprüft am 07.05.2021.

¹⁰ Petition der „Demo für alle“: „Hände weg vom Grundgesetz - Kinderrechte sind gefährlich! Citizen Go: 23.09.2020. Online abrufbar unter <https://www.citizenngo.org/de/fm/182275-haende-weg-vom-grundgesetz-kinderrechte-sind-gefaehrlich>, zuletzt geprüft am 28.05.2021

Das natürliche Elternrecht steht insgesamt in einem Spannungsverhältnis zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen, der zum Beispiel im §1 des Schulgesetzes Baden-Württembergs (SchG) festgehalten ist. Häufig wird von den Akteur*innen der Kampagnen gegen die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz propagiert, dass wenn Kinderrechte verankert würden, staatliche Maßnahmen wie beispielsweise die Schule Inhalte transportieren könnten, die ihre Kinder gefährden würden. Die Debatte wird insbesondere bei AkteurInnen der „Demo für alle“ aktiv geführt. Durch das Feindbild der im Grundgesetz verankerten Kinderrechte und den vermeintlich damit einhergehenden Zwangsmaßnahmen entstehen neue Bündnisse, wie beispielsweise zwischen den AkteurInnen der „Demo für alle“ und der Initiative „Eltern stehen auf“. Letztere ist dem coronaleugnenden Spektrum zuzuordnen und teilte mehr-

fach eine Petition und Sharepics der „Demo für alle“ gegen Kinderrechte im Grundgesetz¹¹.

Der vermeintliche Schutz von Kindern in der Pandemie gipfelt in groß angelegten Aktionen wie dem „Kinder und Corona Kongress“, der als Kooperation zwischen den Betreiber*innen der Website gluecksknirpse.de und denen der Website impfkongress.com abgehalten wurde¹². Der Kongress fand Ende Februar 2021 für zwei Wochen online statt und es wurden neben altbekannten Pandemieleugner*innen verschiedene Ärzt*innen, Anwält*innen und Therapeut*innen interviewt. Aus Baden-Württemberg war unter anderem Dr. Wolfgang Scheel dabei. Der Kinderarzt aus Steinheim teilt auf seiner Website neben esoterischen Bildern und Informationen zu vermeintlichen Gefahren von Impfungen auch seinen Konflikt mit der Kassenärztlichen Vereinigung, die bereits in Erwägung zog, ihm die Approbation zu entziehen, welcher er bis dato (Stand Mai 2021) noch besitzt¹³. Scheel ist in der Vergangenheit immer wieder durch sein impfkritisches Engagement aufgefallen. Für ihn sei es unverständlich, wieso andere Kinderärzt*innen nicht dem Wunsch der Eltern nachkommen würden, den Kindern eine Impfunfähigkeitsbescheinigung für die an Schulen verpflichtende Masernimpfung auszustellen. Diesem Wunsch geht er laut Recherchen der Journalistin Beate Frenkel nach und bescheinigte einem ihm unbekanntem und für die Reportage erfundenen Kind per Brief

die Impfunfähigkeit (Frenkel 2020, S. 64). Weiter betont er auf seiner Website, dass er in vielen Jahren Berufserfahrung noch nie ein Kind an einer Infektionskrankheit hätte sterben sehen, jedoch sehr häufig mit den Folgen von Impfschäden. Diese Begebenheit zeigt, wie dehnbar und Umkämpft der Begriff „Kindeswohlgefährdung“ auch bei Impfgegner*innen ist.

Ein weiterer Akteur des Kongresses ist Hans Tolzin. Der Betreiber der Website impfkritik.org ist vor allem durch seine Aussagen zu HIV, Aids und Homosexualität aufgefallen. Wie auf der Archivseite seiner Website zu sehen ist, leugnete er 2004 einen Zusammenhang zwischen dem HI-Virus und AIDS¹⁴. Außerdem wurde ihm in der Vergangenheit von verschiedenen Medien vorgeworfen, die Behauptung aufgestellt zu haben, dass Homosexualität heilbar wäre¹⁵. Er selbst betont, er wäre kein „Schwulenhasser“ und erklärt, er habe sich damals „mit den möglichen Ursachen von Homosexualität beschäftigt, ohne auf gewisse Denk-Tabus Rücksicht zu nehmen“¹⁶. Im Zusammenhang mit dem HPV- Impfangebot für Jungen äußerte Tolzin sich in seinem Newsletter dahingehend, dass damit alle Jungen nun die Verantwortung dafür tragen müssten, dass „einige von ihnen später schwul“ werden würden und „später mit häufig wechselnden und speziellen Sexualpraktiken keine Genital- und Mundkrebs-erkrankungen mehr erleiden“ müssten¹⁷. Feindlichkeiten und Falschbehauptungen gegenüber LGBTIAQ*-Personen

und -Lebensweisen sind zentraler Bestandteil von Antifeminismus. Sowohl LGBTIAQ*-Bewegungen als auch feministische Ideen und Forderungen fordern das enge Welt- und Geschlechterbild von AntifeministInnen heraus, das auf Zweigeschlechtlichkeit, Heterosexualität, Geschlechterhierarchie und der Einteilung der Welt in öffentlich-männlich-politisch und privat-weiblich-sorgend aufbaut. Dieser Geschlechterdualismus vollendet sich im Ideal der heterosexuellen Kleinfamilie, in der neben dem Vater und der Mutter Kinder als zu beschützend, abhängig und nicht als eigenständige Subjekte konstruiert werden und sich daraus eine Art antifeministische Trias bildet. Die Inszenierung von Kindern als gefährdet und die Verankerung von LGBTIAQ*-Feindlichkeit im Milieu der Pandemie-Leugner*innen zeigte sich besonders deutlich an einer Demonstration der Initiative Querdenken in Wien Anfang September 2020. Hier wurde auf der Bühne eine Regenbogenflagge mit dem Hinweis zerrissen, dass diese ein Symbol von „Kinderschändern“ sei und Homosexuelle in der Gesellschaft nicht willkommen seien¹⁸. Mittlerweile wurde einer der beteiligten Akteure, Martin Rutter, vom Landgericht Klagenfurt wegen Volksverhetzung gegen Homosexuelle verurteilt¹⁹. Die Gleichsetzung von Homosexualität mit sexuellen Übergriffen auf Kinder ist ein typisch antifeministisches Motiv, das in rechten und antifeministischen Zusammenhängen immer wieder verbreitet wird (vgl. Blum 2019, S.85).

¹¹ Eintrag auf der Website von „Eltern stehen auf“. Online verfügbar unter: <https://elternstehenauf.de/kinderrechte-in-unser-grundgesetz/>, zuletzt geprüft am 15.03.2021.

¹² Eintrag auf der Website des „Kinder und Corona Kongress“ unter dem Header „deine Gastgeber“, o.J. Online abrufbar unter <https://www.kinder-und-corona-kongress.de>, zuletzt geprüft am 04.05.2021.

¹³ Eintrag auf der Website von „Dr. med. Wolfgang Scheel“. Aktuelles. Online abrufbar unter: <http://www.dr-scheel.de/scheel-aktuelles.html>, zuletzt geprüft am 07.05.2021.

¹⁴ Archiv der Website von Hans Tolzin: Allerlei Merkwürdiges über HIV und AIDS, 02.08.2004. Online abrufbar unter: <https://archiv.tolzin.de/aids/index.htm>, zuletzt geprüft am 28.05.2021

¹⁵ Hollender, Christoph: Er hält Homosexualität für heilbar: Landratsamt lässt Impfgegner nicht auftreten. Münchner Merkur, 25.01.2018. Online abrufbar unter <https://www.merkur.de/lokales/ebersberg/ebersberg-ort28611/hans-tolzin-platzverweiser-germanische-medizin-9554655.html>, zuletzt geprüft am 28.05.2021

¹⁶ Selbstdarstellung von Hans Tolzin. Online abrufbar unter: <https://www.impf-report.de/impresum>, zuletzt geprüft am 28.05.2021

In der Corona-Pandemie kommt es zu Entwicklungen, die zu einer Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse führen.

Diese werden von AntifeministInnen begrüßt. Darüber hinaus zeigt unsere Analyse, dass bei den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie neue Bündnisse entstanden sind. Neben Verschwörungserzählungen und Antisemitismus sind diese oftmals durch esoterisches Denken und teils durch antifeministische Einstellungen geprägt. Es ist zu befürchten, dass eine nachhaltige Politisierung des esoterischen Spektrums und von Impfgegner*innen entstanden ist, sich diese Bündnisse verfestigen und auch bei zukünftigen Anlässen reaktiviert werden können. Antifeminismus kann hier als ideologischer Kitt der verschiedenen Spektren angesehen werden.

17 Ankündigung der Zeitschrift „impf-report“ von Hans Tolzin: HPV: Die STIKO betrachtet alle Buben als potentielle Homosexuelle“. 2018. Online abrufbar unter <https://bit.ly/3mZF7qP> zuletzt geprüft am 28.05.2021

18 Eintrag auf dem Twitter-Account des Presse Service Wien, 05.09.2020. Online verfügbar unter https://www.queer.de/detail.php?article_id=38331, zuletzt geprüft am 15.03.2021.

19 Website Queer.de, 10.03.2021. Online verfügbar unter: <https://bit.ly/2VaCjF9>, zuletzt geprüft am 15.03.2021.

Literatur

Blum, Rebekka (2019): Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus. Hamburg: Marta Press.

Blum, Rebekka, und Judith Rahner (2020): Antifeminismus in Deutschland in Zeiten der Corona-Pandemie. In Triumph der Frauen? Das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus und -extremismus in ausgewählten Ländern. Friedrich Ebert Stiftung (Hg.). Berlin.

Frenkel, Beate (2020): Pillen, Heiler, Globuli. Das Geschäft mit der Alternativmedizin. Stuttgart: S. Hirzel Verlag
Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (2020): QAnon: Eine weltweit verbreitete antisemitische Verschwörungsideologie mit historischen Wurzeln. Berlin.

Kohlrausch, Bettina, und Aline Zucco (2020): DIE CORONA-KRISE TRIFFT FRAUEN DOPPELT. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (Hg.).

Rahner, Judith (2020): Gefährliche Allianzen. an.schläge. Online verfügbar unter: <https://anschlaege.at/gefaehrliche-allianzen/>, zuletzt geprüft am 18.05.2021.

RIAS, Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (2021): „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen“ Verschwörungdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona. 2. Auflage. München.

Schmincke, Imke (2015): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzungen am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In Sabine Hark und Paula-Irene Villa (Hg.): Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, S. 93-109.

World Economic Forum (2021): Global Gender Gap Report 2021. INSIGHT REPORT. Online verfügbar unter: http://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2021.pdf, zuletzt geprüft am 18.05.2021.

Alternativmedizin für Rechte? Die extreme Rechte und ihr Verhältnis zur Medizin

Bei den politisch weit nach rechts offenen Aufmärschen der Pandemie-Leugner*innen seit dem April 2020 ging es thematisch neben den staatlichen Maßnahmen von Anfang an auch um das Thema Gesundheit und Medizin. Gleichzeitig gibt es in Teilen der extremen Rechten schon länger viele Anhänger*innen von alternativmedizinischen Konzepten. Grund genug, um sich das Verhältnis der extremen Rechten zur Medizin einmal genauer anzuschauen.

Die Bewegung der Pandemie-Leugner*innen

Mit dem anfänglichen Schwerpunkt Baden-Württemberg etablierte sich ab April 2020 eine Bewegung gegen die staatlichen Maßnahmen, die der Eindämmung der Corona-Pandemie dienen sollten.

Lucius Teidelbaum

ist freier Journalist und Bildungsreferent. Von ihm erschien zuletzt das Buch „Die christliche Rechte in Deutschland“ (2018).

Was anfangs vor allem noch Maßnahmen-Kritik war und sich als Grundrechte-Verteidigung verstand, ging bald in einem zweiten Schritt in eine Pandemie-Verharmlosung bis -Leugnung über.

Die Gefahren der Pandemie wurden schlicht geleugnet. Oft wurde der Vergleich zu einer „normalen Grippe“ gezogen. Da die Maßnahmen gegen die Pandemie anhielten und die übergroße Mehrheit der medizinischen Expert*innen sie unterstützten, breiteten sich schnell – geradezu pandemisch – Verschwörungserzählungen aus, nach denen die, aus Sicht der Pandemie-Leugner*innen unnötigen, Maßnahmen kein Irrtum seien, sondern einem geheimen Plan folgten.

Die oft nur in wenigen Wochen vollzogene Ent-

wicklung verlief von der Maßnahmen-Kritikerin über die Pandemie-Leugnerin zur Verschwörungserzählerin. Einzelne Verschwörungserzählungen verdichteten sich dann im Folgenden bei vielen zu einem relativ geschlossen verschwörungsideologischen Weltbild, in dem alle offiziellen Erzählungen zugunsten einer Verschwörungserzählung zurückgewiesen werden. Das Bewusstsein, gegen eine weltweit ablaufende Verschwörung bzw. gegen die „Corona-Diktatur“ im eigenen Land anzukämpfen, ließ die Frage nach einer Beteiligung von rechts unter einem gemeinsamen Ziel bejahen oder zumindest dulden. Kritische Berichterstattung über die Teilnahme von Personen aus dem extrem rechten Spektrum wurden als Diffamierung



Transparent auf einer Demonstration -14.05.2005- Tübingen (Lucius Teidelbaum)

oder als Verschwörung abgewehrt.

Online wie offline treffen sich Pandemie-Leugner*innen, Impf-Gegner*innen und auch viele Rechte, besonders solche mit esoterischen oder verschwörungsideologischen Tendenzen.

Generell zeichneten sich die Proteste, die spätestens Mitte Mai 2020 die Form einer Internet- und Demonstrations-Bewegung angenommen hatten, durch eine deutliche Heterogenität aus. Dabei spielten Vertreter*innen und Anhänger*innen der Alternativmedizin eine nicht unwesentliche Rolle. Ihnen ging es nicht nur um die angebliche Harmlosigkeit bis Nichtexistenz von COVID-19, sondern auch um einen anderen medizinischen Umgang mit Krankheiten wie COVID-19, sofern sie nicht gänzlich geleugnet wurde. Statt moderner Medizin wurde dabei eine Alternativmedizin bevorzugt. Wobei „Alternativmedizin“ nur ein Oberbegriff ist für ein ganzes Bündel alternativer Konzepte zur modernen und wissenschaftlich in ihrer Wirkung nachgewiesenen Medizin. Letztere wird aus Kreisen der Alternativmedizin auch als „Schulmedizin“ denunziert. Häufig ohne es zu wissen, greift diese Bezeichnung auf die NS-Formel von der „verjudeten Schulmedizin“ zurück. Deswegen plädieren manche dafür, das Wort Schulmedizin aus dem Vokabular zu streichen (z.B. Keil 2019).

Trotz fehlender wissenschaftlicher Evidenz jenseits des Placebo-Effekts erfährt die Alternativmedizin in Deutschland eine breite gesellschaftliche Anerkennung. Ihr wohnt oft die Tendenz inne, die moderne Medizin

nicht nur zu ‚ergänzen‘, sondern auch ersetzen zu wollen. Der unabhängige Wissenschaftler Felix Riedel führt dazu passend aus:

„Alternative Medizin‘ ist kaum in den Reservaten zu halten, die sie gesetzgeberisch als wohltuende Ergänzung oder Placebo erhält. Um verkaufsfähig zu werden, muss sie tendenziell immer die ernsthafte Konkurrenz behaupten und dafür muss sie die Nebenwirkungen von wissenschaftlicher Medizin drastisch übertreiben, deren Erfolge lächerlich machen oder verschweigen und die eigene (häufig nur vermeintliche) Wirkung ins Riesenhafte übersteigern.“¹

Trotzdem spielen Personen aus der wissenschaftlichen Medizin eine wichtige Rolle für die Bewegung der Pandemie-Leugner*innen. Genauer gesagt eine kleine Minderheit von Mediziner*innen, die in Bezug auf die Einschätzung der Pandemie und der Maßnahmen dagegen eine andere Position vertreten als ihre Kolleg*innen. Zu nennen wären hier beispielsweise Sucharit Bhakdi, ehemals Professor für Mikrobiologie aus Mainz, oder Bodo Schiffmann, ehemals ein Hals-Nasen-Ohren-Arzt aus Sinsheim.

¹ Felix Riedel: Wolf Dieter Storl und die Rechte | Hintergrund, FARN online 18.03.21. Online verfügbar unter <https://www.nf-farn.de/wolf-dieter-storl-rechte-hintergrund>, zuletzt geprüft am 05.06.2021.

Ihnen kommt als vermeintliche wissenschaftliche Expert*innen eine wichtige Rolle als Bezugspersonen zu.

Doch es geht nicht nur um Einzelpersonen. Es haben sich mehrere Organisationen von Ärzt*innen, Heilpraktiker*innen und Mediziner*innen bei den Pandemie-Leugner*innen herausgebildet: „Ärzte für Aufklärung“, „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e. V.“ (MWGFD e. V.) und das „Weißer Kranich Ärztehilfswerk“.

Ein genauerer Blick offenbart einen großen Anteil von anthroposophisch und homöopathisch orientierten Personen unter ihnen. Die Vermutung liegt nahe, dass sich hier vor allem Menschen organisieren, die der Alternativmedizin nahe stehen. Auch Michael Ballweg aus Stuttgart, Begründer von „Querdenken 711 – Stuttgart“, brach nach Eigenangabe 2015 mit der „Schulmedizin“ und nimmt seitdem keine Medikamente mehr (vgl. Gathmann 2020).

Sowohl Vertreter*innen als auch Laien-Anhänger*innen alternativmedizinischer Konzepte scheinen somit in der verschwörungsideologisch geprägten Bewegung der Pandemie-Leugner*innen eine wichtige Rolle zu spielen. Dabei kommen viele von ihnen aus einem eher grün-alternativen Milieu und nicht aus der rechten Szene, wie eine Studie von Oliver Nachtwey vom Dezember 2020 nahelegt (vgl. Nachtwey et al. 2020). Trotzdem liegen auch in der Alternativmedizin und ihrer tendenziellen Wissenschaftsignoranz oder -feindlichkeit Einfallstore für rechte Ideologie.

Gemeinsames und Trennendes: Die extreme Rechte und die Alternativmedizin

Die Geschichte des Verhältnisses der extremen Rechten zum Thema Medizin und Alternativmedi-

zin ist eine lange und vielgestaltige. Bereits im Nationalsozialismus erfuhren Heilpraktiker eine starke Aufwertung. Allerdings ersetzten sie nicht die moderne Medizin, die wiederum in ideologische Geiselhaft genommen wurde (vgl. Proctor 2002).

In der neonazistischen Strömung der extremen Rechten wird oft immer noch direkt auf den Nationalsozialismus und sein Verständnis von Gesundheit und Medizin Bezug genommen. Auch die alten NS-Sprachmetaphern leben hier weiter. Gesund-Sein ist in rechter Ideologie keine individuelle Aufgabe, sondern eine kollektive, die auf den gesamten „Volkskörper“ bezogen wird. Ziel ist eine „gesunde Volksgemeinschaft“. Krankheits- und Gesundheits-Metaphern finden sich in rechter Propaganda auch außerhalb der Neonazi-Szene häufiger. Da ist dann von „Krebs“ oder „Parasiten“ die Rede, die es zu entfernen gelte. Falsch wäre es, davon auszugehen, dass alle extrem Rechten Anhänger*innen von Alternativmedizin sind oder alle Alternativmedizin-Anhänger*innen politisch nach rechts neigen würden. Trotzdem gibt es Gemeinsamkeiten, die als inhaltliche Anschlussstellen fungieren können, aber nicht müssen.

Gemeinsam Nenner sind dabei folgende Positionen:

- Ablehnung der als „Schulmedizin“ gescholtenen modernen und wissenschaftlich, also evidenzbasierten, Medizin.
- Eine Vorstellung von natürlicher Medizin und Abwehrkräften als besserer bzw. einzig sinnvoller Alternative. Sie ist häufig verbunden mit sozialdarwinistischen Annahmen, laut denen Krankheiten der Selektion Schwächerer dienen.
- Es zirkulieren Verschwörungserzählungen mit Bezug auf das Gebiet Gesundheit. Diese docken oft an vorhandene verschwörungsideologische Welterklärungen an. Kurz gesagt: Wer glaubt die



Infowagen auf einer Demonstration -14.05.2005-Tübingen (Lucius Teidelbaum)

Welt würde von geheimen Hintergrundmächten kontrolliert, die*der denkt das auch in diesem Bereich. Eine Verschwörungserzählung von der bewussten Unterdrückung grundlegender medizinischer Erkenntnisse aus Gewinnstreben oder aus einem zerstörerischen Motiv heraus durch ominöse Hintergrundmächte wird angenommen. Dabei geht es nicht um eine rationale Kritik am Gesundheits-Kapitalismus, die natürlich legitim ist. Zur Corona-Pandemie entstanden eigene Verschwörungserzählungen, die zum Teil antisemitische Formen annahmen und z.B. den jüdisch-ungarischen Holocaust-Überlebenden George Soros als Verantwortlichen benannten.

- Auch Impf-Ablehnung kann als gemeinsames Thema Brücken schlagen zwischen der extremen Rechten und esoterischen bzw. alternativen

Spektren. Im Prinzip ist dieser Brückenschlag schon bei den Protesten der Pandemie-Leugner*innen geschehen, indem diese Spektren gemeinsam auf die Straßen gingen. Die Impf-Verweigerung und deren Einbindung in ein verschwörungsideologisches Weltbild ist lediglich das Folge-Thema. Aus dem Kampf gegen die „Corona-Diktatur“ wird ein Kampf gegen die „Impf-Diktatur“.

Medizin nur für „Germanen“: Die „Germanische Neue Medizin“

Als eine Alternative zur modernen Medizin hat sich in rechten Kreisen die antisemitische Gesundheitssekte „Germanische Neue Medizin“ (GNM), „Neue Medizin“, „Germanische Heilkunde“ oder

schlicht die „5 Naturgesetze“ nach Ryke Geerd Hamer (1935-2017) etabliert.

Ihr Begründer, der ehemalige aus Tübingen stammende Arzt Hamer, interpretierte erst Krebs und später auch andere Krankheiten als psychologische Konflikte. Diese gelte es zu lösen, dann würde auch der Krebs verschwinden. Chemotherapien als Behandlung lehnte er ab.

Seine Medizin-Theorie integrierte Hamer in die antisemitische Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung, die dazu diene, Nicht-Juden und Nicht-Jüdinnen das Wissen über die GNM vorzuenthalten. In der Konsequenz warf Hamer Juden vor, für Millionen von Toten verantwortlich zu sein. Die GNM hat damit den Charakter einer antisemitischen Gesundheitssekte, auch wenn einzelne Anhänger*innen sich öffentlich vom Antisemitismus ihres Meisters distanzieren.

Dass die GNM auch in rechten Kreisen rezipiert wird, ist kaum verwunderlich. Besonders in Teilen der Neonazi-Szene, bei Reichsbürger*innen und bei Traditions-Völkischen hängt man Hamers Thesen an. Allerdings ist die GNM nicht unumstritten. Ein Teil der extrem rechten Szene hat Hamer durchaus als gefährlichen Quacksalber erkannt.

Auch in Baden-Württemberg gibt es einige GNM „Studienkreise“. An Hamers altem Wirkungsort Tübingen fanden 2005 und 2006 zweimal größere Demonstrationen für die Anerkennung der GNM mit je mehreren hundert Personen statt.

Nach einer auf der Website Psiram veröffentlichten Auflistung der „AnwenderInnen/Therapeuten der 5 BNG“ soll Oliver Hilburger Anhänger der GNM sein.² Hilburger war langjähriges Mitglied der Rechtsrock-Band „Noie Werte“ und ist Betriebsrat und Vorsitzender der rechten Betriebsrats-Liste „Zentrum Automobil“, die der AfD nahe steht.

Hilburger tauchte im Juni 2018 auch auf einer Anti-Impf-Demonstration in Nürnberg auf. Am Rande dieser Veranstaltung attackierte Hans U. P.

Tolzin aus Herrenberg ein Team von Spiegel-TV (Der Spiegel 2018). Tolzin ist einer der wichtigsten Impfgegner*innen Deutschlands. Überdies war er von 2016 bis 2018 in der rechten und verschwörungsideologischen Kleinstpartei „Deutsche Mitte“ aktiv, u.a. als „gesundheitspolitischer Sprecher“. Er ist bei den Protesten der Pandemie-Leugner*innen aktiv, u.a. als Redner. Tolzin ist mehrfacher Buchautor im rechtsoffenen Kopp-Verlag mit Sitz in Rottenburg. Kritisiert wird der Kopp-Verlag vor allem für sein rechtes Buch-Segment. Als weiteres Segment vertreibt er aber auch Bücher über Alternativmedizin.

Bücher wie „Krebs verstehen und natürlich heilen“ oder das „Handbuch der natürlichen Krebsheilung“ enthalten oft nicht nur Unsinn, sondern auch gefährlichen Unsinn. Verzweifelte Menschen könnten auf eine Behandlung durch die wissenschaftliche Medizin zugunsten dieser Alternativmedizin verzichten. Dies kann bei lebensbedrohlichen Krankheiten zum Tod der erkrankten Person führen.

.....

2 Auflistung der „AnwenderInnen/Therapeuten der 5 BNG“. Online abrufbar unter https://www.psimam.com/de/index.php/Germanische_Neue_Medizin, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

.....

Literatur

Der Spiegel: Gefährliche Verschwörungstheorie: Die bizarre Welt deutscher Impfgegner. Video, 04.08.2018. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=fuOy1eQl-Gw>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

Gathmann, Moritz: Protestlände, in: Cicero 7/2020, S. 26-36.

Kreil, Christian: Wie viel Nazi-Ideologie steckt im Begriff „Schulmedizin“? derstandard.de, 14.11.2019. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.de/story/2000109455158/wie-viel-nazi-ideologie-steckt-im-begriff-schulmedizin>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

Nachtwey, Oliver; Schäfer, Robert; Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung 17.12.2020. Basel. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>, zuletzt geprüft am 06.06.2021.

Proctor, Robert N.: Blitzkrieg gegen den Krebs. Gesundheit und Propaganda im Dritten Reich. Stuttgart 2002.

.....

Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Zeiten von Corona

Kerstin Müller

studierte Soziologie und arbeitet seit 2017 als Beraterin bei der Fach- und Beratungsstelle LEUCHTLINIE. Daneben setzt sie sich in unterschiedlichen Projekten mit Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinander.

Die Jahre 2020 und 2021 standen unter dem Vorzeichen der weltweiten Covid-19-Pandemie, die starke Einschnitte im Privatleben und in Arbeitskontexten mit sich brachte: Das öffentliche Leben und private Kontakte wurden stark eingeschränkt, viele Menschen arbeiten seither in Kurzarbeit oder verloren ihre Arbeit. Aber auch auf das gesellschaftliche Zusammenleben hatte die Pandemie einen Einfluss. Seit Beginn der Pandemie ist eine Verschärfung mit Blick auf bestimmte Phänomenbereiche von Rassismus zu beobachten. Welchen Einfluss die Pandemie für (potenziell) Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und auf die Beratung von Betroffenen haben kann, soll in diesem Beitrag in den Blick genommen werden.

Wie zentral die Pandemie im öffentlichen Diskurs war und ist, zeigt sich besonders deutlich in Hinsicht auf den rassistisch motivierten Anschlag in Hanau: Am 19. Februar 2020 erschütterte einer der schwersten rechtsextremen Anschläge seit Ende des Zweiten Weltkrieges Deutschland. Neun Menschen – ihre Namen sind Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Mercedes Kierpacz, Said Nesar Hashemi, Sedat Gürbüç, Vili Viorel Păun – wurden aus einer rassistischen Tatmotivation heraus von einem Mann umgebracht, der im Anschluss seine Mutter, Gabriele Rathjen, und sich selbst tötete. Der Anschlag war für viele Menschen so einschneidend, dass sich in der Folge bundesweit verschiedene Initiativen



„End The Violence Towards Asians Rally“ -20.02.2021-
Washington Square Park, New York City (Ron Adar)

gründeten und zusammenschlossen, um gegen den Rassismus in der Gesellschaft zu kämpfen. Mit der Pandemie ebte die Aufmerksamkeit seitens der Medien und Dominanzgesellschaft verhältnismäßig schnell ab. Auch das Gedenken der Todesopfer wurde stark durch die Pandemie beeinflusst. Ein halbes Jahr nach der Tat wurde die geplante zentrale Gedenkemonstration in Hanau aufgrund der Covid-19-Inzidenzwerte durch die Stadt kurzfristig abgesagt. Das Gedenken konnte nur im kleinen Rahmen stattfinden. Statt der geplanten Veranstaltung, zu der bundesweit mobilisiert wurde, um Solidarität zu zeigen, konnten nur etwa 250 Personen an der zentralen Kundgebung teilnehmen. Der Rest des Gedenkens wurde in den digitalen Raum verlegt und die Kundgebung in Frankfurt an zehn öffentlichen Orten per Liveübertragung

gezeigt. So konnte das öffentliche Gedenken an die Betroffenen auf andere Weise stattfinden, wenn auch nicht so präsent in der Stadt Hanau, wie es durch eine zentrale Erinnerung gewesen wäre.

Rassismus und Antisemitismus in Zeiten der Corona-Pandemie

Im Zuge der Pandemie traten bestimmte Rassismen und Verschwörungsmymen in den Vordergrund. Zentral waren und sind hier vor allem anti-asiatischer Rassismus und (antisemitisch aufgeladene) Verschwörungsmymen. Aber auch andere Formen des Rassismus waren im Rahmen der Corona-Pandemie präsent: So zeigten sich Rassismus und Antiziganismus in den Diskussio-

nen um Inzidenzwerte, wenn die steigenden Infektionszahlen bestimmten Gruppen zugeschrieben wurden. So beispielsweise in Berichterstattungen bezüglich mehrerer Corona-Infektionen in einem Hochhaus in Göttingen, für welche zunächst muslimische „Großfamilien“, die der Minderheit der Rom*nja angehörten, verantwortlich gemacht wurden (vgl. Hennig/Hilbert 2020; alle bleiben 2020).

Anti-asiatischer Rassismus ist ein Phänomen, das bereits seit Jahrhunderten existiert und für asiatisch gelesene Menschen alltäglich ist. Als besonders drastische Fälle anti-asiatischer Gewalt in jüngerer Zeit sind die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen Anfang der 1990er Jahre zu nennen, bei denen auch Unterkünfte von vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen angegriffen wurden. Die Verknüpfung von Menschen asiatischer Herkunft mit der Verbreitung von Krankheiten ist einer der Aspekte von anti-asiatischem Rassismus, welcher sich im Zuge der Corona-Pandemie verstärkt und aggressiver äußerte (vgl. Mai 2020, S.20). Asiatisch gelesene Betroffene berichten von Diskriminierungen (vgl. Wu 2020) und Beleidigungen bis hin zu Körperverletzungen, z.B. Angriffen mit Desinfektionsspray (vgl. Meyer-Braun 2020, S. 134). Rassismuserfahrungen in Form von Diskriminierung werden unter Umständen durch Dritte nicht anerkannt, sondern mit Verweis auf die Ängste der Täter*innen vor einer Infektion legitimiert (vgl. Le 2020).

Gerade im Zuge der Corona-Pande-

mie und dem damit verstärkten anti-asiatischen Rassismus, der immer wieder auch in Gewalt umschlägt, hat sich auch Widerstand entwickelt (vgl. Mai 2020, S. 22). Unter dem Hashtag #Imnotavirus (dt. #IchbinkeinVirus) machen Betroffene in Sozialen Medien ihre Erfahrungen mit coronabezogenem anti-asiatischen Rassismus sichtbar und setzen sich dagegen zur Wehr.

Ein weiteres Thema, welches sich während der Corona-Pandemie wieder verstärkt hat, ist der Antisemitismus. Antisemitische Verschwörungsmymen existieren bereits seit dem Mittelalter in Deutschland. Seit Beginn der Pandemie entwickelten sich zunehmend verschiedene (antisemitische) Verschwörungsmymen rund um das Thema Corona.

Viele der Verschwörungsmymen sprechen von einer Elite, welche durch die Verbreitung des Virus oder wahlweise die Umsetzung von Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung desselben, versuche, Kontrolle über die Bevölkerung zu gewinnen. Häufig wird dies letzten Endes auf Jüd*innen projiziert.

Diese Argumentationsmuster gab es bereits im Mittelalter, als Jüd*innen beschuldigt wurden, Brunnen zu vergiften oder für die Pest verantwortlich zu

sein (vgl. Kinet 2020). Sie haben sich bis heute (in unterschiedlicher Form) weiter fortgesetzt. Diese Mythen sind sehr anknüpfungsfähig und erreichen nicht nur Menschen, die sich selbst dem rechts-extremen Spektrum zurechnen:

Es bildete sich eine Querfront durch verschiedene Milieus, welche es schafft, Menschen im gesamten Bundesgebiet für Demonstrationen zu mobilisieren.

Dabei hat sich Stuttgart als ein Hotspot etabliert. An einer Demonstration im April 2021 nahmen hier Schätzungen zufolge etwa 10.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Im Kontext dieser Demonstrationen kommt es regelmäßig zur Verharmlosung der Shoah bzw. des Holocaust. Teilnehmer*innen der Demonstrationen vergleichen sich durch das Tragen eines gelben Sternes mit der Aufschrift „Ungeimpft“ mit Jüd*innen in der Zeit des Nationalsozialismus.¹ Für Menschen, die selbst oder deren Angehörige damals verfolgt wurden, ist dies ein Schlag ins Gesicht. Das Leid aller Gruppen, die aus religiösen, rassistischen, ableistischen, homophoben und politischen Motiven in der Zeit des Nationalsozialismus systematisch verfolgt und ermordet wurden, wird damit relativiert.

Auch Mitarbeiter*innen der Presse werden als Teil der dominierenden

Verschwörungsmächte gesehen. Immer wieder kommt es am Rande solcher Demonstrationen zu Beleidigungen von und Angriffen auf Journalisten*innen. Ein Beispiel hierfür ist das Bedrängen und der Angriff auf Journalist*innen am Rande der bundesweiten Demonstration Anfang April 2021 in Stuttgart (vgl. SWR 2021). Weiter ist auch das Phänomen zu beobachten, dass es in ganz alltäglichen Situationen, zum Beispiel im Supermarkt oder in der Bahn, zu Angriffen auf Menschen kam, die andere Menschen auf die Masken-Pflicht hinwiesen. Auch wenn zu der Motivation nicht immer etwas bekannt ist und es keine konkreten Äußerungen dazu gab, warum sich die Personen weigerten, eine Maske zu tragen², lässt die brutale Reaktion auf den Hinweis, eine Maske zu tragen, doch stark vermuten, dass hier auch eine politische Motivation bzw. Abwertungshaltungen eine Rolle gespielt haben könnten. Auch sind bei unterschiedlichen Vorfällen bundesweit Maskenverweiger*innen durch antisemitische Aussagen aufgefallen.

Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt ist auch in Pandemie-Zeiten ungebrochen

Während sich vieles in Zeiten der Pandemie veränderte und der Fokus der Öffentlichkeit sich sehr stark auf Covid-19 konzentrierte, hat sich an der Aktualität der Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus nichts verändert.

So wurden über das Monitoring der Beratungsstelle LEUCHTLINIE im Jahr 2020 insgesamt 450³ rechte, rassistische oder antisemitische – oder als solche im Verdacht stehende – Straf- und Gewalttaten in Baden-Württemberg erfasst.

Dies bedeutet einen Anstieg von etwa 10% gegenüber den erfassten Vorfällen im Vorjahr.

Auch der Beratungs- und Unterstützungsbedarf stieg weiter an: Im Jahr 2020 ging die Beratungsstelle LEUCHTLINIE insgesamt 168 Vorfällen nach, wovon 100 Vorfälle als Gewalttaten eingestuft wurden⁴. Eine deutliche Mehrheit, 71 Gewalttaten (etwa zwei Drittel der Gewalttaten), wurden den Bereichen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus zugeordnet⁵, aber auch Anfeindungen gegen politische Gegner*innen und Nicht-Rechte, gegen Menschen, die sich dem LSBTIQ*-Spektrum zuordnen und Menschen mit Behinderung wurden erfasst. Insgesamt wurden im Jahr 2020 110 Menschen durch LEUCHTLINIE beraten, davon 97 Menschen, die von Gewalt betroffen waren.

Das bedeutet, dass – trotz der Tatsache, dass das vergangene Jahr durch starke Einschränkungen des öffentlichen Lebens geprägt war – die Anzahl der als rechts, rassistisch oder antisemitisch eingestuften Vorfälle weiter ungebrochen hoch war.

Rückzug ins Private: Die eigene Wohnung als sicherer Raum?

Bei verhältnismäßig vielen Vorfällen, etwa bei einem Drittel, fand die Anfeindung oder der Angriff im direkten Wohnumfeld statt. Die weiterhin hohen Zahlen und die Verschiebung ins häusliche Umfeld lassen darauf schließen, dass rassistische Gewalt sich – wie vieles – im Rahmen der Pandemie eher in das Wohnumfeld verlagert hat, was spezielle Aspekte mit sich bringt: Die eigene Wohnung wird von den meisten Menschen als Schutzraum angesehen. Er bietet gerade bei Gefahren die Möglichkeit, sich zurückzuziehen, weshalb der Schutz besonders wichtig ist.

Die Taten finden in der Mehrheit der Vorfälle nicht nur zufällig im Wohnumfeld der Betroffenen statt. Die Täter*innen sind den Betroffenen in der Regel zumindest vom Sehen her bekannt. Es handelt sich um Nachbar*innen oder andere Menschen aus dem nahen Wohnumfeld. Die Begegnung mit dem oder der Täter*in ist häufig nicht die erste. Es kam teilweise bereits im Vorfeld zu Situationen, in denen die Betroffenen beleidigt wurden. Die Gefahr einer weiteren

.....
¹ Jüd*innen wurden in der Zeit des Nationalsozialismus gezwungen, einen gelben Stern mit der Aufschrift „Jude“ zu tragen. Dies stellte die Grundlage für die Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben und systematische Vernichtung dar.

² Es gibt auch Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen können und von der Maskenpflicht befreit sind. Diese sind hier selbstverständlich nicht gemeint. Hier sind ausschließlich Menschen gemeint, die sich – trotz eigentlicher Verpflichtung – weigern, eine Maske zu tragen.

.....
³ Stand vom 20.03.2021. Die Zahl kann sich durch Nachmeldungen noch erhöhen.

⁴ 54 weitere Vorfälle werden nicht als Gewalttat (hierunter zählen folgende Tatbestände: Bedrohung/Nötigung, Körperverletzung, Brandstiftung, massive Sachbeschädigung, Tötung) eingestuft. Bei 14 Vorfällen konnte keine eindeutige Einstufung stattfinden.

⁵ Davon entfielen 31 Vorfälle auf die Kategorie „Rassismus“, 15 auf die Kategorie „antisemitischer Rassismus“, 12 Fälle im Bereich „Antisemitismus“, neun Fälle wurden der Kategorien „antimuslimischer Rassismus“ zugeordnet und vier Fälle der Kategorie „Antiziganismus“.

Die Fach- und Beratungsstelle LEUCHTLINIE unterstützt Betroffene und Zeugen*innen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in ganz Baden-Württemberg. Als Fachstelle ist LEUCHTLINIE an das Demokratiezentrum Baden-Württemberg angeschlossen. Träger der Einrichtung ist die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V.

Weitere Informationen unter: <https://www.leuchtlinie.de/>

Begegnung ist hoch und die Frage nach dem Umgang mit einer potenziellen weiteren Angriffssituation rückt deutlich in den Vordergrund.

Gleichzeitig berichteten Betroffene von rassistischer Gewalt im eigenen Wohnumfeld auch davon, dass Menschen, an die sie sich bei ihrer Suche nach Hilfe gewandt hatten, eindeutig rassistisch eingeordnete Taten nicht als solche erkannt hatten. In solchen Fällen wurden Taten als „Nachbarschaftsstreitigkeiten“ abgetan oder sogar die Schuld bei den Betroffenen gesucht.

Die aktuelle Pandemie verschärft die Situation, da die Wohnung in Zeiten der Pandemie eine viel wichtigere Rolle spielt. Für viele Menschen dient sie gerade in der jetzigen Zeit noch mehr als sonst als Rückzugs- und Schutzraum. Ein Angriff im eigenen Wohnumfeld stellt genau das in Frage.

Anpassung des Beratungsangebotes

Im Jahr 2020 stand die Beratungsstelle LEUCHTLINIE, wie viele andere Beratungsstellen, vor der Herausforderung, die Beratungsarbeit auf die von der Pandemie geprägte Situation anzupassen. Dies bedeutete, nach Alternativen zu suchen für Beratungstermine, die überwiegend als Face-to-Face Beratungen vor Ort bei den Betroffenen oder in den Büroräumlichkeiten stattfanden. Gleichzeitig ist in vielen Fällen das „Sich-Sehen“ wichtig, um ein für die Beratung nötiges Vertrauensverhältnis aufzubauen. Um sowohl dem Bedürfnis nach Sicherheit nachzukommen als auch eine möglichst gute Grundlage für eine vertrauensvolle Arbeit zu legen, hat die Beratungsstelle LEUCHTLINIE das Online-Angebot zunächst auf Videoberatung ausgeweitet. Weiter ist der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) derzeit mit der Entwicklung einer Beratungs-App befasst, welche die Bedürfnisse von

Beratungsnehmenden sowie Beratern*innen gleichermaßen im Blick hat und den hohen Ansprüchen an das Thema Datenschutz nachkommt, welcher für die Durchführung von Beratungsarbeit nötig ist. Die Corona-Pandemie brachte viele gesellschaftliche Veränderungen mit sich und den Verlust von Sicherheiten für viele Menschen. Personen mit Migrationsgeschichte und Menschen, die von Ausgrenzung betroffen sind, sind höheren Risiken ausgesetzt als Menschen ohne einen solchen Hintergrund (vgl. OECD 2020). Die Pandemie wirkte als eine Art Katalysator für bestimmte Formen des Rassismus, die seit Jahrhunderten existieren. Gleichzeitig scheint rechte, rassistische und antisemitische Gewalt auch mehr ins häusliche Umfeld verlagert zu werden, was für Betroffene eine zusätzliche Belastung mit sich bringt.

Es ist deshalb wichtig, auf berichtete Erfahrungen sensibel zu reagieren und sie den Betroffenen nicht abzusprechen. Gerade jetzt ist eine solidarische Unterstützung nötig. Betroffene(ngruppen) dürfen mit den Erfahrungen nicht alleine gelassen werden. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ist es wichtig, den Blick für die Folgen der Pandemie zu öffnen, d.h. neben gesundheitlichen Aspekten auch soziale Aspekte zu betrachten und die Auswirkungen der Pandemie für potenzielle Betroffene(ngruppen) rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zu reflektieren.

Literatur

Alle bleiben (2020): Hetze wegen Corona in Göttingen breitet sich aus. Online verfügbar unter <https://alle-bleiben.info/hetze-wegen-corona-in-gottingen-breitet-sich-aus/>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Hennig, Philipp; Hilbert, Jörg (2020): Göttingen: Vorverurteilung nach Corona-Ausbruch? Das Erste, Panorama, 11.06.2020. Online verfügbar unter <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2020/Goettingen-Vorverurteilung-nach-Corona-Ausbruch.goettingen1264.html>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Kinet, Ruth (2020): Pandemie und Blutvergießen. Mit der Pest kamen die Pogrome. Deutschlandfunk Kultur, 10.04.2020. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunkkultur.de/pandemie-und-blutvergiessen-mit-der-pest-kamen-die-pogrome-100.html>, zuletzt geprüft am 26.11.2021.

Le, Nhi (2020): Ich. Bin. Kein. Virus. Zeit Campus, 01.04.2021. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/campus/2020-03/rassismus-coronavirus-asien-husten-oeffentlichkeit-diskriminierung>, zuletzt geprüft am 05.05.2021.

Mai, Hanna Hoa Anh (2020): Anti-asiatischer Rassismus in Zeiten der Corona-Pandemie. In: Drücker, Ansgar (Hg): Kontinuitäten und neue Perspektiven – 30 Jahre IDA: Von der Antirassismusbildung zur Rassismuskritischen Bildungsarbeit. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung e.V., S. 20–23.

Meyer-Braun, Karl-Heinz (2020): Deutschland ist (k)ein Einwanderungsland – Geht ein endloser Konflikt zu Ende? In: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hg): Bürger & Staat (3-2020), S. 127–136.

OECD (2020): Policy Responses to Coronavirus (COVID-19) – What is the impact of the COVID-19 pandemic on immigrants and their children? 11.10.2020. Online verfügbar unter <https://www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/what-is-the-impact-of-the-covid-19-pandemic-on-immigrants-and-their-children-e7cbb7de/>, zuletzt geprüft am 05.06.2021.

SWR (2021): Nach Corona-Demo in Stuttgart: Journalistenverband „wütend über offensichtliche Untätigkeit der Polizei“ 04.04.2021. Online verfügbar unter <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-demonstration-stuttgart-angriffe-keine-masken-polizei-100.html>, zuletzt geprüft am 05.05.2021.

Wu, Ronnie (2020): „Nehmen Sie es nicht persönlich“. Die Tageszeitung, 08.02.2020. Online verfügbar unter <https://taz.de/Coronavirus-und-Rassismus/15662444/>, zuletzt geprüft am 05.05.2021.

Hate-Speech in Zeiten von Corona

Ein Praxisbericht aus der Arbeit der Meldestelle „respect!“

Ahmed Gaafar

ist Leiter der Fachstelle „PREvent!on – Prävention von religiös begründetem Extremismus“ und arbeitet zudem in den Meldestellen im Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

Er studierte u.a. „Interreligiöse Studien“ (Master) und war 2018 Mitglied des Forums „Emerging Peace Makers“ in Cambridge.

„Hate Speech“ oder das deutschsprachige Pendant „Hassrede“ ist ein dehnbarer und facettenreicher Begriff. Es gibt zahlreiche Definitionen, die versucht haben, den Begriff umfassend zu erklären. Demnach sind jegliche Äußerungen erfasst, welche durch ihren angreifenden, herabwürdigenden oder verunglimpfenden Charakter Hass propagieren und Diskriminierung, Hostilität oder das Aufstacheln gegen eine Person oder Gruppe begünstigen oder versuchen zu rechtfertigen (vgl. Kiska 2012, S. 110 & Baldauf et al. 2015, S. 11). Die folgende Analyse bezieht sich auf die eingegangenen Meldungen bei der Meldestelle „respect!“ im Zeitraum zwischen der Erklärung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), dass das Coronavirus pandemische Aus-

maße erreicht hat, und dem ersten Lockdown am 22.03.2020 bis zum 18.04.2021.

In der qualitativen Analyse wird festgestellt, dass sich je nach den politischen Diskursen über die Corona-Verordnungen und die Entwicklung der Pandemielage unterschiedliche Trends und Erscheinungsformen von Hate-Speech herausbilden und entwickeln. Die in der Meldestelle „respect!“ eingegangenen Meldungen enthalten die unterschiedlichsten Formen des Phänomens, wie beispielsweise Verschwörungsmymen, Othering, Pauschalisierung, das Verbreiten von Fake News, die Konstruktion eines Handlungszwangs und die Rechtfertigung einer bestehenden Gewalttat oder Diskriminierung (vgl. auch Elemente von Hate Speech in Baldauf et al. 2015,

S. 14–20). Allgemeine Merkmale in diesen Trends sind die abfällige Andeutung und die kognitive Verzerrung bzw. Bias. Die in der Meldestelle gemeldeten Hasspostings zielen häufig nicht nur auf die diskriminierte Gruppe oder Person ab, sondern weisen einen dreieckigen Komplex auf, bestehend aus Animosität, die eine bestimmte Gruppe (Objekt) betrifft, sowie ein öffentliches Publikum anspricht. Die Abbildung 1 und 2 sind Beispiele dafür. Hate-Speech-Äußerungen sind häufig so gewählt, dass es wahrscheinlich erscheint, dass ein gewisses öffentliches Publikum dem geäußerten Hass oder der Diskriminierung aufgrund gemeinsamer Einstellungen zustimmt. So sind viele Hasspostings in Gruppen



Abbildung 1.
Screenshot - August 2020 - Facebook



Abbildung 2.
Screenshot - Februar 2019 - Facebook

Jede Person kann bei der Meldestelle „respect!“ Fälle von Hetze im Netz melden. Die Mitarbeitenden der Meldestelle erstatten unverzüglich Strafanzeige, wenn sie nach einer juristischen Einschätzung den gemeldeten Sachverhalt für strafrechtlich relevant halten, und stellen Löschanträge bei den jeweiligen Providern. Sie verweisen ergänzend auf die Angebote unterschiedlicher Organisationen zur anderweitigen Beratung und Handlungsmöglichkeiten inner- und außerhalb des Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Die Meldestelle ermöglicht den Meldenden ziviles Engagement gegen Hate-Speech, ohne Angst vor extremen Kräften haben zu müssen, da die Meldestelle Strafanzeigen in ihrem Namen erhebt und der Name des Meldenden im Strafverfahren anonym bleibt.

Weitere Informationen unter: <https://demokratiezentrum-bw.de/angebote/respect-die-meldestelle-fuer-hetze-im-netz/>

und Seiten verbreitet, die von bestimmten Motiven geprägt sind. Oft wird dieses Publikum auch mit „Wir“ angesprochen, damit die Gruppe viktimisiert bzw. als Leidtragende dargestellt wird, die sich wehren soll. Die Relation zum Objekt ist jedoch sehr einseitig und durch bestehende Diskriminierungshandlungen, Feindseligkeit oder Gewalt gekennzeichnet. Diese Handlungen variieren stark von strafrechtlich nicht relevanten Äußerungen, die trotzdem moralisch bedenklich oder verwerflich sind, bis hin zur Erfüllung von Straftatbeständen wie dem der Volksverhetzung nach §130 Strafgesetzbuch (StGB).

Methodisch quantitativ zeigt die Analyse eine deutliche Zunahme der Meldungen, die bei der Meldestelle seit Beginn der Pandemie im März 2020 und dem damit verbundenen ersten Lockdown eingegangen sind.

Seit dem 11. März 2020 stiegen die Meldungen. So stieg die Anzahl eingegangener Meldungen im Monat März 2020 im Vergleich zum Vormonat um 21 %. Im Jahr 2020 erfolgten in Summe 436 Strafanzeigen. Der überwiegende Teil der Strafanzeigen erfolgte nach § 130 StGB – Volksverhetzung.

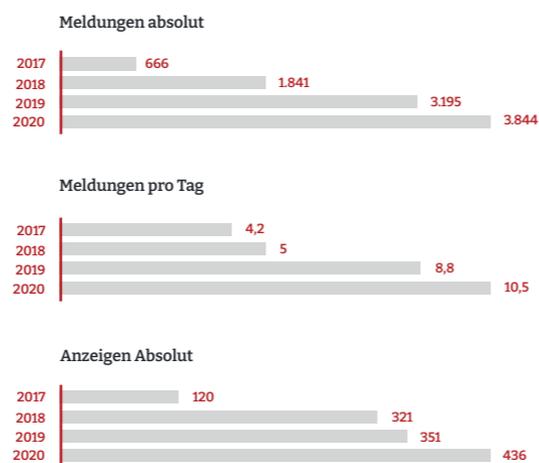
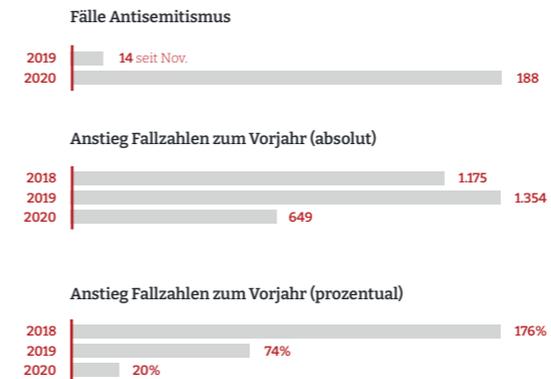


Abbildung 3
Darstellung der Meldestelle respect!
im Demokratiezentrum Baden-Württemberg



Sie beinhalten in erster Linie Antisemitismus oder andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF). Die Zahl der eingegangenen Meldungen im Jahr 2020 schwankte generell, jedoch könnte sich diese mit antidemokratischen Vorfällen im Rahmen der Corona-Pandemie in eine Korrelation bringen lassen. Beispielsweise war die höchste Anzahl der eingegangenen Meldungen des Jahres 2020 im August zu registrieren, wo am 29. August 300 bis 400 Demonstranten, die zum Teil dem rechtsextremen Spektrum sowie der Reichsbürger-szene zuzuordnen sind, die Absperrung am Reichstag überwunden hatten (vgl. Rbb24 2020). Die Meldungen werden mit jeder Entwicklung und Verlängerung der Pandemielage neu geprägt. Erwähnenswert sind die in dieser Zeit entstandenen Hasskampagnen und Hate-Gruppen in den sozialen Medien, die ihre Strategien innerhalb dieser Zeit entwickelt und sich in unterschiedliche Richtungen ausgeprägt haben. Die Szene in diesen Kampagnen ist in der Regel antidemokratisch und rechtsextremistisch geprägt. Viele dieser Kampagnen haben die Pandemielage für ihre bereits bestehenden Motive ausgenutzt. So wurde beispielsweise ein Kausalzusammenhang zwischen Corona und den Flüchtlingsströmen gezogen, als wären diese die Ursache der Pandemie, oder das Coronavirus als eine Verschwörung von Politiker*innen

und anderen Akteur*innen dargestellt, wodurch antidemokratische Bewegungen gerechtfertigt werden. Diese ideologischen, neuzeitlichen, sich auf Corona beziehenden Verschwörungsmymen werden oft als Bestätigung und Bekräftigung der antisemitischen und rechtsextremistischen Mythen verwendet. Dabei finden diese Ideologien immer neue Hass-Objekte, um das von den Corona-Maßnahmen betroffene Publikum anzusprechen, wie beispielsweise Virolog*innen, Ärzt*innen oder die WHO (vgl. Kleffner/Meisner 2021, S. 258).

Literatur

- Abbildung 1: Ein Facebook-Beitrag von B. L., zuletzt geprüft am 13.08.2020.
Abbildung 2: Ein Facebook-Kommentar von M. G., zuletzt geprüft 07.02.2019.
- Article 19 (2015): 'Hate Speech' – Explained. A Toolkit. 2015 Edition. Online verfügbar unter <https://www.article19.org/resources/hate-speech-explained-a-toolkit/>, zuletzt geprüft am 18.05.2021.
- Baldauf, Johannes; Banaszczuk, Yasmína; Koreng, Ansgar; Schramm, Julia; Stefanowitsch, Anatol (2015): „Geh Sterben!“ Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet. Online verfügbar unter https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2015/04/Geh_sterben_web.pdf, zuletzt geprüft am 18.05.2021.
- Rbb24: Demonstranten stürmen Reichstagstreppe: Entsetzen über Reichstags-Eskalation. Rbb24, 30.08.20. Online verfügbar unter https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/08/berlin-reaktionen-reichsflaggen-absperren-durchbrochen-reichs.html, zuletzt geprüft am 07.05.2021.
- Kiska, Roger (2012): Hate speech: a comparison between the European Court of Human Rights and the United States Supreme Court jurisprudence. In: Regent University Law review (25: 107), S. 107–151.
- Kleffner, Heike; Meisner, Matthias (2021): »Es geht nicht um Glaubensbekenntnisse«. Interview mit dem Medizinhistoriker und Medizinehiker Heiner Fangerau über den Streit um die Covid-19-Pandemie. In: Heike Kleffner und Matthias Meisner (Hg.): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde. Freiburg – Basel – Wien: S. 258–264.
- United Nations Strategy and Plan of Action on Hate Speech. Detailed Guidance on Implementation for United Nations Field Presences. September 2020. Online verfügbar unter <https://bit.ly/3kKsnBS>, zuletzt geprüft am 07.05.2021.

Black Lives Matter – Zivilgesellschaftliches Engagement in Zeiten von Corona

Ein Interview geführt von der
Fachstelle mobirex

Der schwarze US-Amerikaner George Floyd wurde am 22. Mai 2020 in Minneapolis im US-Bundesstaat Minnesota durch einen gewaltsamen Polizeieinsatz getötet. Die Tötung löste weltweit zivilgesellschaftliche Proteste und Aktionen gegen Rassismus, Racial Profiling und Polizeigewalt aus, die durch die „Black Lives Matter“-Bewegung (BLM, englisch für „Schwarze Leben zählen“) getragen wurden. So wurden auch in Stuttgart vergangenes Jahr mehrere Demonstrationen und Kundgebungen durch Aktivist*innen der Black Lives Matter organisiert. Schon damals waren die Rahmenbedingungen für die Aktivist*innen aufgrund der Pandemie



BLM-Demonstration - Sommer 2020 - Stuttgart (Nestor Luzayradio)

sowie den damit verbundenen Einschränkungen erschwert. Doch ihr Einsatz gegen Rassismus und Polizeigewalt geht weiter. Im Interview berichten der Politikstudent und studentische Gleichstellungs- und Diversitybeauftragte Lionel Njoya (21) sowie seine Mitstreiterin und Mitbegründerin der Black Community Foundation Stuttgart, Victoria Peters (23), über die Arbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement der BLM in Stuttgart unter Pandemiebedingungen.

Wie bist Du zur BLM-Bewegung gekommen bzw. was hat Dich dazu bewogen, Dich als Aktivist zu engagieren?

Lionel: Ich finde es wichtig, wenn man in einer Demokratie leben und sie nachhaltig mitgestalten will, dass man die Möglichkeiten, die man hat, nutzen sollte, um dem Allgemeinwohl einen wertvollen Beitrag zu liefern. In meinem Fall sah ich mich in einer privilegierten Lage, meine Stimme zu Gunsten rassistisch Diskriminierter zu erheben, um auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam zu machen. Seit meiner Schulzeit setze ich mich ehrenamtlich für die Verbesserung der Lebensumstände marginalisierter Gruppen ein: Ich wirkte jahrelang in der SMV, engagiere mich kirchlich wie auch als Student im Vorstand einer antirassistischen Hochschulgruppe und als studentischer Gleichstellungs- und Diversitybeauftragter. Ich habe meine Rassismuserfahrungen gemacht und bin daraus dank eines wertschätzenden Umfelds zu einer starken Persönlichkeit gewachsen. Diese Kraft, die ich daraus ziehe, und die Erfahrungen, die ich mit Rassismus gemacht habe, treiben mich an, meine Umwelt mit Werten der Solidarität, Gleichheit und Nächstenliebe zu beeinflussen.



Lionel Njoya während seiner Rede auf der BLM-Demonstration -Sommer 2020- Stuttgart (Nestor Luzayadio)

Wie seid ihr in Stuttgart organisiert und an welchen Themen und Projekten arbeitet ihr?

Victoria: Aus dem Black Lives Sommer 2020 sind nachhaltige Strukturen entstanden wie etwa unsere jung gegründete Organisation Black Community Foundation Stuttgart. Seitdem konnten wir bereits zahlreiche Projekte als (Mit-)Organisator*innen managen. Beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit anderen lokalen Vereinen und Organisationen wie die Initiative Schwarze Deutsche in Stuttgart. Da wir uns bewusst sind, dass eine Menschenrechtsbewegung wie BLM nicht nur aus

Demos (über)leben kann, versuchen wir unsere Sensibilisierungs- und Empowerment-Angebote weitmöglichst breit zu gestalten. So bieten wir etwa Online-Workshops mit Bezug zum anti-schwarzen Rassismus an, schaffen rassismussensible Räume für wiederkehrende, monatliche Treffen der Betroffenen, nehmen an Talks teil oder konnten bereits auch an rassismuskritischen Publikationen mitwirken. Momentan sind wir dabei Strukturen zu schaffen, damit das Thema Rassismus an unseren Schulen und Universitäten Fuß fassen kann.

Warum sind die Organisation und das zivilgesellschaftliche Engagement der BLM-Bewegung in Stuttgart und Deutschland wichtig?

Lionel: Man hat im Black Lives Sommer deutlich beobachten können, wie die Bewegung es schaffen kann, den medialen und sozialen Bewusstseinsgrad für das Thema zu schärfen. BLM ist in Deutschland dahingehend bedeutend, dass sie mittels Social Media in kürzester Zeit das Thema weitflächig an die Mehrheitsgesellschaft adressieren, den unsichtbaren und übersehenen Diskriminierten in unserer Gesellschaft eine Stimme verleihen und dazu beitragen kann, den Blick auf die Arbeit qualifizierter Persönlichkeiten und auf wichtige Themen in der Schwarzen Community zu richten. Denn ein Problem, das sich hier in Deutschland zeigt, ist, dass die Debatten um Rassismus nicht erst seit George Floyds Ermordung im Gange sind, sondern seit mehreren Jahrzehnten von Schwarzen Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und engagierten Bürger*innen tiefgehend geführt werden, jedoch deren Inhalte noch zu wenig Bedeutung eingeräumt werden. Als Kontaktpunkt vieler Schnittstellen übernehmen wir wichtige Funktionen der Kontakt- und Informationsvermittlung zwischen verschiedenen Organisationen und Individuen aus unter-

schiedlichen gesellschaftlichen/politischen Räumen.

Wie hat die Pandemie Eure Arbeit und Euer Engagement verändert? Vor welche spezifischen Herausforderungen seht ihr Euch gestellt?

Victoria: Hinsichtlich der Chancen muss gesagt werden, dass die pandemische Situation zum globalen Erfolg des BLM-Sommers bedeutend beigetragen hat, da die Welt entschleunigt wurde und Themen, die sonst in unserem „Meer aus Alltagsorgen“ verschwunden wären, den Zugang zur gesellschaftlichen Mitte finden konnten. Wir mussten jedoch auch coronabedingt viele Präsenzveranstaltungen wie etwa Vernetzungstreffen und Straßenfeste absagen oder verschieben. Was für uns spricht, ist, dass BLM auch schon vor der Pandemie digital professionell gearbeitet hat. Wir BLM-Aktivist*innen sehen die größten Herausforderungen daher nicht darin, dass erst Digitalstrukturen für unsere Arbeit geschaffen werden müssen, sondern in der Frage, wie wir das Thema trotz Corona-Barrieren in der sozialen Mitte halten können, ohne Menschenleben zu gefährden.

Seht ihr aus Eurer Arbeit und Eurer Position(ien) heraus auch problematische Wechselwirkungen oder Entwicklungen in Bezug auf Corona und Rassismus?

Lionel: Was wir hierzulande feststellen können ist, dass die Pandemie gesellschaftsstrukturelle Probleme und Diskurse verstärkt zum Vorschein bringt, sei es jetzt Debatten um Sexismus, Digitalisierung oder eben auch um Rassismus. Statistisch und empirisch gesehen, sind die „Verlierer*innen“ der Pandemie von Rassismus betroffene Menschen.



BLM-Demonstration - Sommer 2020 - Stuttgart (Nestor Luzayadio)

Dies wird auch dadurch bemerkbar, dass rassistisch Diskriminierten hinsichtlich digitaler und räumlich-organisatorischer Herausforderungen, die das „Homeschooling“ und „Homeoffice“ nach sich ziehen, weniger Möglichkeiten und Ressourcen zur Verfügung stehen, weshalb wir an dieser Stelle auch von strukturellem Rassismus sprechen müssen. Des Weiteren haben sich seit dem Beginn der Coronapandemie durch Corona-Schuldzuweisungen rassistisch motivierte Gewalttaten gegenüber asiatisch gelesenen Menschen drastisch erhöht.

Diese Entwicklung beunruhigt uns zunehmend und sollte medial als auch gesellschaftlich diskursiver angegangen werden.

Welche positiven Erfahrungswerte und Erkenntnisse bleiben? Gibt es „neue“ Arbeitspraxen, die im Rahmen Eurer Engagements während der Corona-Zeit entstanden sind und nach der Überwindung der Pandemie auch fortgeführt werden könnten?

Lionel: Ich leite unter anderem Rassismus-Workshops an Schulen in Bayern und konnte bereits mehrere Gespräche mit politischen und administrativen Funktionär*innen führen und das alles wohlgemerkt Online via Zoom, Insta und Co. Ich habe durch das Umstellen auf Webstrukturen herausfinden können, dass ich für mein Engagement nicht zwingend durch ganz Deutschland reisen muss, sondern in vielen Kontexten die Arbeit auch von Zuhause aus verrichten kann. Somit schone ich die Umwelt, meinen Geldbeutel und kann meine Arbeit flexibler gestalten, wie etwa kurzfristig die Teilnehmer*innenzahl der Veranstaltung bei Bedarf zu erhöhen, ohne räumliche Kapazitäten auszuschöpfen. Auch nach der Pandemie will ich weiterhin auf digitale Strukturen setzen, aber ganz auf „Face-to-Face“-Veranstaltungen kann ich natürlich nicht verzichten, da ich interpersonale Gespräche sehr schätze. Ich überlege daher hybride Veranstaltungsformen zu adaptieren, um möglichst viele Bedürfnisse befriedigen zu können.

Was können Menschen tun, die rassistisch-kritische Initiativen und Bewegungen wie BLM unterstützen wollen?

Lionel: Wenn man die Bewegung in Deutschland unterstützen will, kann man das am besten in Zeiten von Corona mittels finanzieller Unterstützung an Organisationen wie die Amadeu Antonio Stiftung, ISD-Bund e.V., die Initiative 19. Februar Hanau, Black Community Foundation oder die

Bildungsstätte Anne Frank tun. Mit der finanziellen Unterstützung können Organisationen nämlich rassistisch-kritische Projekte und Aktionen anbieten und ihre digitalen Angebote auf- und ausbauen, um „Corona-konform“ arbeiten zu können. Black Lives Matter ist sich jedoch auch bewusst, dass wir in schwierigen, ungewissen Zeiten leben. Falls man daher das nötige Kleingeld jedoch nicht haben sollte, kann man die breiten, unterschiedlichen Angebote wie Online-Workshops und Seminare von Wissenschaftler*innen wie Natasha A. Kelly, Aktivist*innen und Organisationen in Anspruch nehmen, um sich für die Thematik (Anti-)Rassismus zu sensibilisieren. Des Weiteren möchte ich auf rassistisch-kritische Literatur und zahlreiche digitale Bildungsangebote wie „@erklarmimal“ und „@saymyname_bpb“ verweisen, um über seine eigenen „Rassismen“ zu reflektieren. Das wichtigste hierbei ist nicht genau, wie man sich einsetzt, sondern, dass man sich einsetzt, die Bereitschaft zeigt, alte Denk- und Verhaltensmuster aufzugeben. Denn BLM geht es nicht um Schuldzuweisungen, sondern darum Verantwortung zu übernehmen, Gelesenes zu verlernen und Gelebtes kritisch zu hinterfragen.

Die ursprüngliche Initiative kommt von Monika Salzer aus Österreich. Sie hat OMAS GEGEN RECHTS im November 2017 als Antwort auf die politische Entwicklung in Europa im Allgemeinen, und für Österreich im Besonderen, gegründet. In Deutschland existiert die Gruppe Omas GEGEN RECHTS seit mehr als drei Jahren. Die Initiative dazu kam von Anna Ohnweiler aus Nagold und Gerda Smorra aus Bremen.

„Omas mögen alt sein, aber schweigen müssen sie deshalb noch lange nicht!“

Ein Selbstportrait des Vereins
OMAS GEGEN RECHTS

Mittlerweile sind wir ein eingetragener Verein: OMAS GEGEN RECHTS DEUTSCHLAND. Wir sind ein zivilgesellschaftlich und überparteilich organisierter Verein, der sich in den politischen Diskurs einmischen will.

Wir OMAS gehen auf die Straße und erheben unsere Stimme, weil wir in Sorge um unsere demokratische Zukunft sind. Es geht uns darum, all dem Hass und der Hetze etwas entgegen zu setzen. Wir Älteren, Männer und Frauen, müssen der Ausgrenzung und der Diskriminierung von Minderheiten entschlossen gegenüber treten. Wir müssen deutlich machen, dass Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit und Homophobie keinen Platz in unserer Gesellschaft haben dürfen. OMAS können hier Bindeglied sein zwischen der oftmals sprachlosen, schweigenden Generation unserer Eltern und Großeltern und der Generation unserer Kinder und Enkel.

Zur Zeit des Nationalsozialismus haben zu viele geschwiegen, sich faschistischem Gedankengut nicht entschlossen entgegengestellt. Die Generation der OMAS, die in der Nachkriegszeit aufgewachsen ist, hat diese Zeit als eine bleierne Zeit erlebt. Eine Zeit, in der Nazis ihre Karrieren stillschweigend fortsetzen konnten, eine Zeit, in der Homosexualität § 175 hieß und strafbar war. Heute können wir zeigen, dass wir aus dem Geschehenen gelernt haben. Wir können mit unseren Kindern und Enkeln darüber reden, diskutieren, was passiert, wenn ein großer Anteil der Bevölkerung zu Rechtspopulismus und völkischem Gehabe schweigt, wenn zu viele denken „so schlimm wird es nicht werden“.

OMAS GEGEN RECHTS sehen ihre Verantwortung darin aufmerksam zu sein, Zivilcourage zu zeigen, sich so zu verhalten, dass sie den „Stillen“ zeigen: Omas mögen alt sein, schweigen müssen sie deshalb noch lange nicht. Haltung zeigen wir unter anderem durch die Teilnahme an vielen Demos und Veranstaltungen, sowie aktiver Mit-



Logo der Omas gegen Rechts

arbeit und Mitgestaltung bei Projekten gegen Rechts. Immer öfter erleben wir, dass Sprache wie eine Waffe gebraucht und damit zur Bedrohung wird.

OMAS GEGEN RECHTS sprechen gegen aggressive Parolen, gegen Verrohung, gegen eine diffamierende Sprache. Die Würde des Menschen spiegelt sich auch im verbalen Umgang miteinander wider und diese verbale Achtung und Achtsamkeit wollen wir bewahren. Achtsam sein gegen Verleumdung, gegen Verunglimpfung der Sprache. Dies gilt im familiären Raum, im Freundeskreis und bei Begegnungen mit anderen. Wir wünschen uns, dass wir in einem demokratischen Land leben, in dem gleiche Rechte für alle gelten, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer Nationalität. Und wir wünschen uns, dass wir in einem Land leben, in dem die Meinungsfreiheit ein hohes Gut ist und bleibt, ein Land, in dem die Menschen- und Grundrechte eingehalten werden. Dafür stehen wir ein und gehen auf die Straße.

Weitere Informationen unter:
<http://www.omasgegenrechts.de/>

„Fehlender Mindestabstand“

Nadja Kaiser

Seit nun mehr über einem Jahr befindet sich die ganze Welt durch ein Virus und seine tödlichen Folgen für einzelne Menschen und ganze Gesellschaften im Ausnahmezustand. Die Folgen für Einzelne sind freilich sehr vielfältig, je nach gesellschaftlicher Position, Privilegien und Wohlstand – sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch global. SARS-CoV-2 hat unsere gesamte Realität, unser Zusammenleben bis in die intimsten Ecken und alltäglichsten Routinen verändert und eine globale Kontrollverlusterfahrung herbeigeführt.

Dem nicht genug, widersetzt sich eine kleine, laute Minderheit in regelmäßigen Abständen dem Versuch, Leben zu schützen und Kontrolle zurück zu erlangen – auf der Straße, aber auch im täglichen Leben mittels Verweigerung, Verächtlichmachung und Boykott der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Sie wirken auf öffentliche Debatten, in parlamentarische Auseinandersetzungen, auf Demonstrationen, in Regierungshandeln, beschäftigen Gerichte und Sicherheitsbehörden. Familienangehörige, Freund*innen und Kolleg*innen sind ratlos im Umgang mit ihnen und fragen sich verzweifelt: wie kann ich reagieren, was soll ich sagen, wann mich abgrenzen, wie trotz allem weiter im Kontakt bleiben?

Sie nennen sich „Querdenken“ oder „Coronare-

bellen“ und sehen sich selbst gerne als „Erwachte“. Vereint sind sie in der Wahrnehmung, „dass hier etwas nicht stimmen kann“. Aus dieser gefühlten Wahrheit hat sich die geteilte Überzeugung entwickelt, die Pandemie existiere gar nicht. Entweder wird diese als Teil eines großen Plans dargestellt (Stichwort: Plandemie) oder gar das Vorhandensein des Virus gänzlich geleugnet. Schauen wir auf die Demonstrationen der Pandemielegner*innen, sehen wir eine sehr divergente und uneinheitliche, zum Teil völlig widersprüchlichen Bewegung. Das bekannte politische Koordinatensystem scheint nicht mehr zu greifen. Vom Hippie über Neonazis bis „ganz normalen“ Bürgerin sind alle dabei. Ein weiteres Mal scheint die Welt Kopf zu stehen.

Es ist das Verdienst des von Heike Kleffner und Matthias Meisner herausgegebenes Sammelbandes „Fehlender Mindestabstand“, in kurzen, verständlichen, gut informierten und leicht lesbaren Beiträgen einer Vielzahl von Autor*innen, diese Verwirrung aufzulösen. Die Beiträge bieten aktuell und pointiert einen breiten Überblick über Motive, Funktionen, Akteur*innen, zeigen Kontinuitäten und ideologische Überschneidungen.

Besonders lobenswert ist, dass die Beiträge explizit diejenigen zu Wort kommen lassen, die durch die Pandemielegnungsbewegung als Feinde markiert werden, Diffamierungen, Beleidigungen und Drohungen ausgesetzt sind.

Den Betroffenen rassistischer und antisemitischer Zuschreibungen, ebenso wie Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Vertreter*innen der Politik wird Raum gegeben, im Rahmen von Interviews aus ihrer Perspektive zu sprechen und von ihren Erfahrungen zu berichten.

Aus meiner Sicht durchziehen den Sammelband vier grundlegende Erkenntnisse:

1. Es fehlt an Kompetenzen im Umgang mit individuell und gesellschaftlich wirksamen psychologischen Mechanismen, um Antisemitismus und Verschwörungsglaube besser zu erkennen und effektiv dagegen zu handeln. Darüber hinaus gilt es Lebensbedingungen von Menschen zu verbessern, ihnen Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen und Kontrollverlustserfahrungen zu vermindern.
2. Die Pandemie deckt deutliche Defizite deutscher Erinnerungskultur bezüglich Nationalsozialismus und DDR auf: Wenn während der Querdenken Demonstration am 9. November 2020 in Leipzig ein historisches Re-Enactment gegen eine angebliche „Coronadiktatur“ oder „DDR 2.0“ inszeniert wird, oder man sich als die „neuen Juden“ imaginiert, dann sind laut den Autor*innen all das deutliche Zeichen für ein eklatantes geschichtliches Halbwissen, die Relativierung historischer Verbrechen und völlig unpassender Vereinnahmung.
3. Wir haben es neben einigen neuen Gesichtern mit einem kontinuierlichen Kern von Verschwörungsunternehmer*innen und extrem Rechten zu tun, die seit Jahren strategisch ihre Ideologien platzieren und mit der Pandemie eine neue Chance wittern, Anhänger*innen zu gewinnen.
4. Solidarisches und wertebasiertes Handeln in der Pandemie: Zu guter Letzt widmet sich der Sammelband etwas, was aus meiner Sicht noch ausführlicher hätte besprochen werden können: die Frage nach solidarischen und wertebasierten Protestformen und Handlungsmöglichkeiten, über die Pandemielegner*innen-Szene hinaus. So weist leider erst der letzte Beitrag auf die Kämpfe von Pflegekräften hin und eröffnet die Frage nach

Heike Kleffner & Matthias Meisner
(Hrsg.): „Fehlender Mindestabstand.
Die Coronakrise und die Netzwerke
der Demokratiefeinde“
2021, 352 Seiten, Herder Verlag, 22 Euro



globaler Solidarität in der Pandemie, z.B. durch den Vorschlag der Aussetzung von Impfpatenten.

Diese und andere Erkenntnisse des Sammelbandes gilt es bei künftigen Bildungsinterventionen und Präventionsprogrammen im Blick zu haben, vor allem – und das dürfte eine der größten Herausforderungen sein – mit dem Fokus auf Erwachsene. Denn der Altersdurchschnitt der Pandemieeugner*innen zeigt deutlich: es sind vor allem Menschen jenseits der 40, die diese Demos besuchen und sich dort engagieren.

Zusammenfassend ist „Fehlender Mindestabstand“ ein absolut lesenswerter Sammelband für alle, die einen fundierten und leicht lesbaren Überblick über das Phänomen der Pandemieeugner*innen, ihre Akteur*innen und verbindenden Ideologien suchen. Unbedingte Leseempfehlung!

Nadja Kaiser studierte Politikwissenschaften und Philosophie an der Universität Heidelberg. Seit 2011 ist sie in der diskriminierungssensiblen politischen Bildungsarbeit aktiv. Zunächst arbeitete sie im Rahmen des Netzwerks für Demokratie & Courage in Projekttagen mit Jugendlichen, heute führt sie als Teil des Netzwerks Gegenargument Argumentations- und Handlungstrainings mit Erwachsenen durch. Von 2016 bis 2020 war sie als Beraterin im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Baden-Württemberg aktiv. Ihre Themenschwerpunkte sind: Ideologie und Akteur*innen der extremen Rechten, Verschwörungserzählungen, Klassismus und Antifeminismus.

„Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit – Antworten für die pädagogische und politische Praxis“

Angelique Obenauer

M.A. Interkulturelle Bildung, Migration und Mehrsprachigkeit, arbeitet als Sozialarbeiterin und ist systemische Beraterin (SG) in Karlsruhe.

Der im Jahr 2020 erschienene Sammelband behandelt den pädagogischen und politischen Umgang mit Ungleichwertigkeitsideologien und Rassismus. Dafür werden Beiträge aus der Wissenschaft und Praxis zusammengetragen. Diese befassen sich einerseits mit theoretischen Grundlagen und Erkenntnissen aus der Wissenschaft, andererseits mit Projekten und Beispielen aus der Praxis. Dierk Borstel und Kemal Bozay als Herausgeber betonen im Vorwort, dass die Fachbeiträge von der Fragestellung „Was tun?!“ geleitet werden, sodass auch die Beiträge mit vordergründig wissenschaftlichen Auseinandersetzungen einen Bogen zur Praxis spannen, indem sie zum Teil praktische Schlussfolgerungen aus ihrer Forschung ziehen.

Der theoretische Teil gibt Grundlagenwissen zu Ungleichwertigkeitsideologien in der Migrationsgesellschaft (Bozay/Borstel) wieder, setzt sich mit Radikalisierungsprozessen und Rechts-

terrorismus sowie Rechtsextremismus auseinander und bildet teils theoretisches Hintergrundwissen für die rassistisch-kritische Bildungsarbeit ab. Zudem werden vorhandene Präventionsstrategien im Themenfeld vorgestellt und kritisch betrachtet (vgl. Beiträge von Borstel/Greschner oder Arslan). Die Antidiskriminierungsarbeit an Schulen in Form des Projektes „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ gibt in dem Beitrag von Sanem Kleff einen guten Überblick über die Wirkungsmechanismen von Diskriminierung und ist insbesondere für Leser*innen von Erkenntnisgewinn, die bisher wenig Kenntnis im Themenfeld verfügen.

Die Beispiele aus der Praxis werden in den Beiträgen der Autor*innen evaluiert und die hinderlichen sowie erfolgversprechenden Faktoren diskutiert. Dabei werden auch Projekte aus einem internationalen Kontext mitberücksichtigt, wie die Versöhnungsarbeit in

Kolumbien (Beitrag von Luzar/Raiser). Die meisten praktischen Beispiele kommen allerdings aus dem deutschen Kontext, die Praktiker*innen gute Einblicke in die Arbeit vor Ort geben. Hier stechen insbesondere die Beiträge hervor, die direkt aus der Praxis erzählen, wie beispielsweise der Erfahrungsbericht des Politikwissenschaftlers Herbert Weber, der in Berlin-Wedding Jugendliche aus der türkisch-arabischen Community unterstützt und der eine kritische Perspektive auf die Auswirkungen patriarchaler Strukturen auf die Bildung aufmacht, oder der Beitrag von Gudrun Heinrich, der einen Einblick in die Erinnerungsarbeit einer Stadt (Rostock) gibt und die damit einhergehenden Herausforderungen thematisiert. Nennenswert wäre hier auch das Bildungsprojekt aus Hamburg, das in Form von Bildungsberater*innen an Schulen Kinder und Jugendliche aus Familien der Sinti und Roma unterstützt (Beitrag von Leucht/Sichelschmidt). Diese Beiträge geben konkrete Beispiele aus der Praxis und können auch in anderen Städten und Gemeinden wichtige Impulse liefern.

Eine Zielgruppe des Sammelbandes könnten Pädagog*innen und Sozialarbeiter*innen sein, die bereits im Themenfeld Antidiskriminierungsarbeit und Präventionsarbeit der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit aktiv sind und entweder neue Impulse für Präventionsprojekte im Themenfeld bekommen oder sich kritisch mit diesen und eigenen Projekten auseinandersetzen wollen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der vorausgestellte Praxisbezug des Sammelbandes erfolgreich umgesetzt wurde und die Autor*innen einen guten Überblick über die Herausforderungen und Erfolge in der politischen und pädagogischen Realität geben. Zwar sind nicht alle Beiträge gleichbedeutend für diese, jedoch gehen aus der Lektüre insgesamt neue Fragestellungen und kritische Impulse, aber auch handfeste Umsetzungsideen hervor.

Dierk Borstel & Kemal Bozay (Hrsg.):
„Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit – Antworten für die pädagogische und politische Praxis“
2020, 312 Seiten, Beltz Juventa, 24 Euro



DEMOKRATIEZENTRUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

Schlossstr. 23 | 74372 Sersheim
Tel.: 07042/831747 | Fax.: 07042 /83 17 40
Mail: info@demokratiezentrum-bw.de
www.demokratiezentrum-bw.de



Siemensstraße 11 | 70469 Stuttgart
Tel.: 0711 /896915-23 oder -26
Mail: mobirex@lago-bw.de
www.lago-bw.de/fachstelle-mobirex.html